

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verantwortlicher und Geschäftsführer:
Erich Thirringhaus, Berlin.
Telefon: Amt Berlin 4196/4198



Stellen für Verlag und Geschäftsleitung:
Berlin G2 64, Tele. Wilhelms-Platz 6
Druckverlag: Geydels

Die Geschäftsleitung ist im Café-Verlag.
Der Sitz ist in der auf dem Grundstück Wilhelms-Platz 6, Berlin G2 64, im 4. Stock.
Der Sitz der Geschäftsleitung ist in der auf dem Grundstück Wilhelms-Platz 6, Berlin G2 64, im 4. Stock.

Berlin, den 9. Nov. 1932.

Int. Institut
Soz. Geschichts-
Amsterdam

Hoovers Niederlage.

Roosevelts Triumph - eine Rache der Krisenopfer.

SPD. Seit jenem berühmten Duell zwischen Wilson und Hughes im November 1916, mitten während des Weltkrieges, dessen Ausgang erst am dritten Tag nach der Wahl endgültig feststand, haben alle amerikanischen Präsidentschaftsrennen mit dem bequemen Sieg des Favoriten geendet. Dieser letzte Erfolg der Demokraten, mit der knappsten aller Mehrheiten erfochten, liegt volle 16 Jahre zurück. Woodrow Wilson hatte seine Anhänger bitter enttäuscht, nicht so sehr vielleicht, weil er entgegen seiner ursprünglichen Absicht, die Vereinigten Staaten vom Kriege fernzuhalten, schon nach wenigen Monaten Deutschland den Krieg erklärte, als wegen seines späteren Versagens in Versailles. Seitdem schien die Stellung der Republikanischen Partei immer stärker zu werden. Ob Harding über Cox 1920, ob Coolidge über Davis 1924, ob Hoover über Al Smith 1928 siegte, der Ausgang stand von vornherein fest. Fast schien es, als ob die Demokraten, die sich nur noch in einigen wenigen Staaten des Südens und des Ostens zu behaupten vermochten, überhaupt ausgespielt hätten und nie wieder einen nennenswerten Einfluss auf die Gesamtpolitik des Landes ausüben würden.

Der Umschwung trat erst vor etwa drei Jahren ein und er verstärkte sich im Laufe der letzten Monate dermassen, dass, je mehr der Wahltermin heranrückte, desto sicherer die Niederlage Hoovers wurde. Die einzige Überraschung des 8. November liegt in der erdrückenden Mehrheit, die Franklin Delano Roosevelt über Herbert Hoover erzielt hat, einer Mehrheit, die noch um 5 Millionen Jene übertrifft, die vor genau vier Jahren Hoover selbst gegen einen so volkstümlichen Kandidaten wie Al Smith erreicht hatte.

Die Grösse der Niederlage Hoovers ist nur durch das Ausmass der Wirtschaftskrise zu erklären, die bald nach seinem Amtsantritt eingesetzt hat. Gerade ihm, der als Staatssekretär im Handelsdepartement unter Coolidge die Wirtschaft des Landes in den Jahren der Prosperität gelenkt hatte, wurde geradezu blindes Vertrauen entgegengebracht. Er galt gewissermassen als die Verkörperung des siegreichen, gewinnbringenden Kapitalismus. Er selbst hatte diese Wirtschaftsblüte als sein persönliches Verdienst gern in Anspruch genommen und den Wählern von 1928 eine weitere Vermehrung ihres Wohlstandes versprochen. Um so schwerer musste sich an ihm persönlich die Enttäuschung rächen, die die im Jahre 1929 einsetzende Wirtschaftskrise dem ganzen Lande bereitete.

Alle seine optimistischen Ankündigungen, dass der Rückschlag nur von kurzer Dauer sein würde, erwiesen sich als trügerisch; alle seine Versuche, durch Schutzzölle und Währungsexperimente den Arbeitsmarkt zu entlasten, die Industrie und die Landwirtschaft zu beleben und die Kaufkraft der breiten Massen zu heben, schlugen sämtlich nach kurzer Zeit fehl. Aus der Enttäuschung wurde Erbitterung, aus der Erbitterung wurde schliesslich sogar Hass, besonders als er im Sommer ds. Js. die nach Washington zusammengeströmten arbeitslosen

Kriegsteilnehmer mit Bajonetten und Rauchbomben auseinander treiben liess. Von diesem Augenblick an glaubte niemand mehr an seinen Sieg. Selbst die republikanischen Parteiführer begannen zu bereuen, dass sie ihn überhaupt wieder aufgestellt hatten. Wahrscheinlich wäre der Erfolg der Demokraten sowieso nicht zu vermeiden gewesen, dass er aber einen derartigen, seit hundert Jahren noch nie dagewesenen Umfang angenommen hat, ist wohl in erster Linie auf den persönlichen Hass zurückzuführen, den sich der Republikaner Hoover als Sündenbock für die Wirtschaftskrise bei allen denen zugezogen hat, die unter ihren Folgen leiden.

Wir Sozialdemokraten können uns indessen eines skeptischen Lächelns nicht erwehren, wenn wir hören, welche neuen Illusionen die Wähler in den Vereinigten Staaten nunmehr an den Sieg Roosevelts knüpfen. Denn wir wissen, dass die Krise des kapitalistischen Systems nicht mit kapitalistischen Mitteln endgültig besiegt werden kann. Wir wissen ferner, dass die Demokraten sich politisch und wirtschaftlich kaum von den Republikanern unterscheiden. Es mag schon sein, dass eine Auflockerung der Schutzzölle, die Roosevelt im Gegensatz zu Hoover versprochen hat, eine gewisse Belebung der Wirtschaft und damit auch natürlich des amerikanischen Marktes auslösen wird; auch ist es anzunehmen, dass der zu erwartende Fall der Prohibitions Gesetze gewissen Wirtschaftszweigen zugute kommt - übrigens auch den französischen Weinbauern und den deutschen Brauereien. Aber die wirkliche und dauernde Ueberwindung der Krise ist nur durch einen grundlegenden Umbau der Wirtschaft im sozialistischen Sinne zu erreichen und dieser Umbau ist von Roosevelt ebenso wenig zu erwarten wie von Hoover.

Hoover verdient kein Mitleid, denn als Exponent des amerikanischen Hochkapitalismus, der sich mit dessen Erfolgen gern brüstete, als es den Amerikanern gut ging, ist es nur logisch und gerecht, wenn er jetzt dem Volkszorn über den wirtschaftlichen Zusammenbruch zum Opfer gefallen ist. Aber bei aller menschlichen Sympathie, die man dem gelähmten, mit unbeugsamer Energie dennoch aktiven Franklin Roosevelt entgegenbringen muss, darf man sich keinen Illusionen darüber hingeben, dass die Demokraten keine Wegbereiter einer neuen, besseren Zukunft sein können, weil sie im Grunde genau so kapitalistisch eingestellt sind wie ihre Gegner.

Der Sozialismus allein wird die Welt von der Geissel des kapitalistischen Systems befreien können. Diese Erkenntnis wächst auch in den Vereinigten Staaten, obwohl sie zahlenmässig noch nicht nennenswert in Erscheinung treten kann, weil der Sozialismus bei den Präsidentenwahlen mit allen Nachteilen der Zahlkandidaturen belastet ist. Indessen wollen wir im Interesse der leidenden Menschheit hoffen, dass die vielleicht um einige Nuancen weniger engherzige kapitalistische Auffassung Roosevelts dazu beitragen möge, die Ueberwindung der jetzigen Krise zu beschleunigen.

SPD. Genf, 9. November (Eig. Drahtb.)

Die von der Lausanner Konferenz eingesetzte Kommission zur Vorbereitung der Londoner Wirtschaftskonferenz hat sich bis auf weiteres vertagt.

Ueber die Arbeit des ersten Tagungsabschnitts gab der Vorsitzende Trip-Holland am Mittwoch vor der Presse einige Erklärungen ab: Es sei völlig falsch, schon jetzt von einem Fehlschlage zu sprechen. Man habe von vornherein indiesem ersten Abschnitt nur eine Sondierung des Terrains vornehmen wollen. Darin sei man in vollster Offenheit sehr weit gekommen, und es habe sich sogar bald gezeigt, dass man es dabei nicht bewenden lassen könne, eine detaillierte Tagesordnung für London aufzustellen, sondern dass man der Konferenz schon Vorschläge unterbreiten müsse. Die Kommissionsmitglieder würden die erhaltenen Aufklärungen jetzt mit ihren Regierungen besprechen und sehen, welche Möglichkeiten von Annäherungen und Verständigungen, mit welchen und

in welchen Richtungen sich zeigen können. Nach diesen Studien und Verhandlungen werde eine zweite Tagungsperiode schon konkretere Schlüsse erlauben. Während der Vertagungspause würden alle Kommissionsmitglieder untereinander und mit dem Vorsitzenden in ständiger Verbindung bleiben und ihre Lösungsvorschläge für eine allgemeine Annahme in London mitteilen. Das Datum für die zweite Tagung werde entschieden in Zusammenarbeit mit dem vom Völkerbundsrat eingesetzten Vorbereitungskomitee, sobald dieses den Bericht des ersten Tagungsabschnittes durchgearbeitet habe. Ein günstiges Ergebnis könne nur erreicht werden, wenn die Regierungen bereit seien, von ihren bisherigen Wegen der gegenseitigen Abschliessung abzugehen.

In dem Geheimbericht der Vorbereitungskommission, der an das Ratskomitee erstattet wird, wird zunächst hervorgehoben, dass die Regelung des internationalen Schuldenproblems erst einen Erfolg der Londoner Konferenz überhaupt möglich machen könne. Der Finanzbericht betont die Notwendigkeit einer dauernden Zusammenarbeit der Notenbanken besonders unter dem Gesichtspunkt einer vernünftigen Goldverteilung. Das Gold müsse internationaler Wertmesser bleiben. Die Rückkehr zur Goldwährung sei eine der wichtigsten Aufgaben. Im Wirtschaftsbericht wird festgestellt, dass alle Massnahmen zur Behebung der Agrarnot nur gleichzeitig von der Geld- und der Wirtschaftsseite her unternommen werden dürften, um Erfolg zu haben. Für alle Wirtschaftszweige müsse der Anfang zum Aufstieg mit der Beseitigung der mengenmässigen Einfuhrkontingentierungen gemacht werden, auf die dann leichter die allmähliche Senkung der Zölle folgen könne. Auslandsschulden könnten nur durch Lieferung von Waren und mit Arbeit bezahlt werden. Für allen Aussenhandel müsse die Meistbegünstigung oberste Regel bleiben.

Abschliessend wird in dem Bericht betont, dass die Notwendigkeit internationaler öffentlicher Arbeiten zur Belebung der Wirtschaft und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit unerlässlich sei.

SPD. In der nächsten Wochen beabsichtigt Herr von Papen mit der "elenden Parteibürokratie" um Hitler und Brüning über die "Schaffung einer nationalen Konzentration" zu verhandeln. Ausgerechnet der Mann, der die Parteien wochenlang auf jede mögliche Weise in Grund und Boden verdammt hat, weiss jetzt selbst keinen anderen Ausweg aus dem Dilemma, als sich an die Brust der "elenden Parteibürokratie" zu werfen. Vorher gedenkt Herr von Papen noch Besuche bei den Regierungen in Dresden, Karlsruhe und Darmstadt zu machen. Es sollen Antrittsvisiten sein. Dass sie nicht zugleich Abschiedsbesuche werden, wird auch der Herr der "grundsätzlich neuen Staatsführung" nicht verhindern können.

Kein Zweifel, dass selbst in den Kreisen, die bisher alle Sprüche des Herrn von Papen mit Entzücken aufgenommen haben, die Einsicht wächst, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann. Mit Wahlen allein kann man weder die Gesinnung der Wählerschaft ändern, noch die Parteien zu willfährigen Werkzeugen machen. So erklärt es sich, dass auch die, die noch vor Tagen immer wieder wählen lassen wollten, um die Papen-Barone als Regierung zu retten, langsam anderen Sinnes geworden sind und das Bedürfnis zeigen, die abgebrochenen Beziehungen zu der "elenden Parteibürokratie" wieder aufzunehmen. Nur ist Herr von Papen nicht der richtige Mann dazu. Sein diplomatisches Geschick hat es vermocht, dass er heute, bis auf die Deutschnationalen, mit allen Parteien in Krach lebt. Die Nationalsozialisten erklären ihn beispielsweise für "verhandlungsunfähig" und lassen durchblicken, dass sie in der Einladung des Herrn von Papen zu politischen Besprechungen überhaupt nicht erst Folge leisten werden. Das Zentrum geht nicht ganz so weit. Aber auch für die Zentrumspartei gibt es - nach allem was man hört - mit Herrn von Papen kein Paktieren. Beide Parteien sind zwar nach wie vor zu einer Regierungsgemeinschaft bereit -

jedoch nicht mit Herrn von Papen! Ihr Streben geht deshalb dahin, das Regierungsproblem im Reich über den Kopf der Papen-Barone hinweg schnellstens einer Lösung entgegenzuführen.

Das sind die charakteristischen Merkmale der gegenwärtigen Situation. Sie zeigen wachsende Erkenntnis in dem Sinne, dass es so wie bisher nicht weiter geht und deshalb Herr von Papen verschwinden muss! Unter diesen Umständen sind seine bevorstehenden Antrittsvisiten gleichbedeutend mit Abschiedsbesuchen!

=====

SPD. Wien, 9. November (Eig. Drahtb.)

Die Regierung Dollfuss hat unter dem Druck der sozialdemokratischen Erklärung, dass der Aufmarsch am Republiktag, wenn es sein müsse, auch gegen den Willen der Regierung durchgeführt werde, das Aufmarschverbot für den 12. November aufgehoben. Die Arbeiterschaft wird daher den Gründungstag der österreichischen Republik in der gewohnten Weise durch einen grossen Aufmarsch feiern.

=====

SPD. Die grossagrарische "Deutsche Tageszeitung" giesst am Mittwoch eine kalte Dusche über die von der Papenregierung gezauberte "Wirtschaftsbelebung". Das Blatt der Grossagrарier nimmt die amtliche Darstellung über den "Rückgang der Arbeitslosigkeit" zum Anlass folgender Betrachtung:

"Schon die amtliche Darstellung, vor allem aber einige der ersten Pressekommentare, sehen diese Ziffern als Beweis einer günstigen Entwicklung des Arbeitsmarktes und namentlich auch als eine günstige Auswirkung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung an. Nach unserer Ueberzeugung ist zu einem solchen Optimismus keinerlei Anlass gegeben. Eine sichtbare Besserung der Gesamtlage ist ja nur bei der Kohle, in der Textilindustrie und dem Nahrungsmittelgewerbe - hier auch Kampagne in der Zuckerindustrie - zu verzeichnen also auf Arbeitsgebieten, deren Belebung im Spätherbst saisonmässig bedingt ist... In der ersten Septemberhälfte hatte die Zahl der Arbeitslosen um rund 40 000 zugenommen, in der zweiten Septemberhälfte um rund 160 000 abgenommen, während in der ersten Hälfte des Oktober wieder eine Zunahme um annähernd 50 000 erfolgte, obwohl doch mit dem 1. Oktober die Steuergutscheine in der Hauptsache erst "greifbar" wurden. Der amtliche Bericht über die Entwicklung des Arbeitsmarktes in der ersten Hälfte des Oktober vertrat den Standpunkt, dass trotz der Bedeutung des 1. Oktober für die Benutzung der Steuergutscheine die zweite Oktoberhälfte einen ähnlichen Rückgang der Arbeitslosenziffer ergeben würde wie die zweite Hälfte des September. Wir sind diesem Optimismus sofort entgegengetreten und haben leider völlig recht behalten: trotz der saisonmässigen Belebung in den Wirtschaftszweigen, die hauptsächlich für den Winterbedarf an Kohle und den Weihnachtsmarkt vorarbeiten, ist die Zahl der Arbeitslosen in der zweiten Oktoberhälfte nicht, wie die amtlichen Stellen auf Grund der Entwicklung im September annahmen, um 160 000 - eigentlich müsste die Ziffer natürlich grösser sein -, sondern nur um 41 000 zurückgegangen und hat damit nicht einmal die Zunahme der Erwerbslosigkeit in der ersten Oktoberhälfte völlig wettgemacht. Auch der Hinweis aber, dass die Zahl der Arbeitslosen im Oktober 1931 um rund 269 000, im Oktober 1932 dagegen nur noch um rund 6 000 stieg, gibt keinen Anlass zu besonderem Optimismus. Denn seit dem Herbst 1931 sind einmal die Zählungsmethoden beträchtlich verschärft worden; in der Hauptsache wohl bei der Feststellung des Anspruchs auf Unterstützung, in einem gewissen Grade aber doch auch bereits bei der Feststellung des Begriffs "erwerbslos". Zugleich ist aber die Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitsstundenzahl, die Einlegung von Feiertagen usw. im Zeitraum

dieses Jahres naturgemäss noch weiter vorgeschritten. Beide Momente sind statistisch nicht exakt erfasst. Theoretisch könnte sich aus ihnen ergeben, dass der im Oktober 1932 verzeichnete Beschäftigungsrückgang um nur noch rund 6 000, gegenüber 269 000 im Oktober 1931, in vollem Umfange künstlicher Art ist, praktisch ist die Folgerung zwingend, dass sich in dem Unterschied von 263 000 höchstens zu einem geringeren Teil mit einiger Sicherheit eine wirkliche Besserung des Arbeitsmarktes ausdrückt. Womit zugleich auch über die Auswirkung der Steuergutscheine das Nötige gesagt ist; von denen es ja auch an der Börse alsbald ziemlich still wurde!"

Das Blatt der Junker ist natürlich neidisch auf die der Industrie von der Papenregierung zugeschanzten Milliardensubventionen. Es hätte lieber gesehen, wenn diese Summen ausschliesslich in die Taschen der Grossagrarien geflossen wären. Daher der Nachweis, dass die Industriesubventionen nutzlos verpulvert worden sind. Die Arbeiterklasse erfährt so durch einen gewiss unverdächtigen Zeugen, welcher "Wohlfahrtsstaat" durch die Barone beendet und für wen der heutige durch das Papenkabinett errichtet worden ist.

SPD. New York, 9. November (Eig. Drahtb.)
Der Sieg der Demokraten bei den Präsidentschaftswahlen ist beispiellos. Roosevelt verfügt über 472 von insgesamt 531 Stimmen im Wahlmännerkollegium das nach der Bundesverfassung den Präsidenten zu wählen hat. 39 Stimmen sind noch zweifelhaft und nur 20 für Hoover. Mit 52 Senatssitzen besitzen die Demokraten auch eine zuverlässige Mehrheit im Bundessenat. Hier erhielten die Republikaner 33 Sitze; 11 Mandate sind unentschieden. Die republikanischen Parteiführer und Senatoren Watson und Smoot, nach dem die berüchtigte Zollgesetzgebung benannt wurde, sind vernichtend geschlagen.

Der sozialistische Präsidentschaftskandidat Thomas erhielt in einem Achte der bisher gezählten Wahldistrikte 260 000 Stimmen, was ungefähr der Gesamtzahl der sozialistischen Stimmen von 1928 entspricht. Der Parteivorstand hat eine Erklärung erlassen, in der er seiner Befriedigung über den ausserordentlichen Fortschritt und die stetige Verbreitung der sozialistischen Ideen in den Vereinigten Staaten Ausdruck gibt.

SPD. Am Mittwoch-Abend sprach Paul Löbe über den holländischen Arbeiter-Sender in Hilversum zum 9. November. Die Rede war in Deutschland überall ausgezeichnet zu verstehen. Die Absicht der Papen-Barone, der Arbeiterschaft eine durch Radio übermittelte Gedenkstunde zum 9. November vorzuenthalten, ist kläglich missglückt. Millionen und Abermillionen haben die Löbe-Rede gehört.

SPD. Brüssel, 9. November (Eig. Drahtb.)
Der belgische Ministerpräsident de Brouckville hat dieser Tage in Paris mit Herriot verhandelt. Wie aus guter Quelle verlautet, hat de Brouckville in Paris versucht, eine Anleihe von 1½ Milliarden Francs aufzutreiben. Der leitende belgische Finanzmann Francis hat sich in voriger Woche in Paris um eine derartige Anleihe vergeblich bemüht. Die französischen Banken sind aber wenig zugänglich, zumal der belgische Schuldner seit 1930 fünf Milliarden verschlungen hat.

SPD. Zwischen der badischen Nazi-Gauleitung und der Nazi-Ortsgruppe der Stadt Lahr ist der Krieg erklärt. Die Kampfhandlungen haben damit begonnen, dass der Nazigauleiter, der badische Landtagsabgeordnete Wagner, die Ortsgruppenleitung öffentlich als "unfähige Schwachköpfe" bezeichnete, und gleichzeitig verkündete, die Ortsgruppe Lahr sei aufgelöst. Gegen ihre Führung ist das Ausschlussverfahren eingeleitet.

Die Gemassregelten feuern zurück und erklären, die Kriegsursache bestehe darin, dass die Ortsgruppe über verschiedene schwere Korruptionsfälle, bezugnehmend von Angehörigen der Gauleitung, Aufklärung verlangt und nicht erhalten habe. "Unser nationalsozialistisches Gewissen" hiess es in der Erklärung der Ortsgruppe Lahr, "zwingt uns, den Verkehr mit der Gau- und Kreisleitung solange abubrechen, bis dieser Korruptionsfall erledigt ist und die Gauleitung alle Anschuldigungen restlos abgewaschen hat!"

Die Antwort des Gauleiters bestand darin, die Ortsgruppe aufzulösen, gegen die Leitung das Ausschlussverfahren einzuleiten, mit der sonderbaren Begründung: der Gauleiter habe "schon Hunderte von Korruptionsfällen innerhalb der Partei erledigt", Wahrscheinlich wie im Fall Lahr, dass die nach Sauberkeit strebenden Enthüller und Ankläger aus dem Braunen Haus hinausgeworfen werden. Was drinnen bleibt, kämpft weiter für die Erneuerung und Reinigung Deutschlands.

=====

SPD. Stralsund, 9. November (Eig. Dr.)

Welchen Gefahren die Jugend in den "nationalen" Verbänden ausgesetzt ist, zeigte eine Verhandlung vor der Grossen Strafkammer Stralsund. Das Gericht verurteilte den 27 jährigen Kaufmann Otto Arndt aus Demmin zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, weil er in zahlreichen Fällen widernatürliche Unzucht getrieben hatte. Das Traurige an diesem Vorfall aber ist, dass es sich bei den Opfern des Angeklagten um Schüler unter 14 Jahren und um Lehrlinge handelt. Sein Hauptbetätigungsfeld war das Heim der nationalen Bismarckjugend in Demmin, in deren Organisation er eine Rolle gespielt hat. Das Heim ist inzwischen auf Grund der Vorfälle aufgelöst worden.

=====

SPD. Das Berliner Sondergericht verurteilte am Mittwoch den 25jährigen Nationalsozialisten Willi Hoffmann zu zwei Jahren Zuchthaus. Der Verurteilte soll während des Verkehrsstreikes aus einer Menschenmenge heraus einen Stein gegen einen fahrenden Strassenbahnwagen geworfen haben. Hoffmann erklärte, er habe nicht geworfen. Tatsächlich konnte ihm die Tat auch nicht nachgewiesen werden. Der Staatsanwalt verlangte trotzdem zwei Jahre Zuchthaus wegen Landfriedensbruch und Transportgefährdung. Das Gericht entsprach dem Antrag des Anklägers.

=====

SPD. Kiel, 9. November (Eig. Drahtb.)

Von der Justizpressestelle des hiesigen Oberlandesgerichtes erfährt die Öffentlichkeit, dass in der Nacht zum Mittwoch ein Sprengstoff-Attentat auf das Kieler Gerichtsgefängnis versucht worden ist. An einem Kellerfenster war eine Bombe angebunden, die durch eine Zündschnur zur Explosion gebracht werden sollte. Eine Polizeistreife verhinderte das Attentat und verhaftete den Bombenleger am Tatort. Was die Öffentlichkeit durch die Justizpressestelle

aber nicht erfahren hat, ist die zweifelsfreie Tatsache, dass der Attentäter Mitglied der Kieler SA ist. Es ist der 25jährige Siemssen, der bereits in viele politische Prozesse verwickelt war. Die Bombe war mit Romborit gefüllt, einem der stärksten Sprengstoffe.

=====

SPD. Paris, 9. November (Eig. Drahtb.)

Auf den ehemaligen Schlachtfeldern in Nordfrankreich wurden im Laufe des Monats Oktober 103 deutsche und 89 französische Soldatenleichen geborgen. Von den Deutschen konnten bisher 16 identifiziert werden.

=====

SPD. München, 9. November (Eig. Drahtb.)

In Würzburg fand am Mittwoch auf Einladung der Bayerischen Regierung eine Besprechung der Regierungschefs der süddeutschen Länder zur Frage der Reichsreform statt. Ausser Württemberg und Baden waren auch Hessen und Sachsen durch ihre Ministerpräsidenten in Würzburg vertreten. Das Preussische Staatsministerium hatte keine Einladung erhalten, da sich die Konferenz von vornherein auf die süddeutschen Länder beschränken sollte.

=====

SPD. Das Berliner Sondergericht (Landgerichtsdirektor Tolk) verurteilte am Mittwoch drei Kommunisten, die während des Berliner Verkehrstreiks einen Strassenbahnwagen mit Steinen bewarfen, aber niemand verletzt hatten, zu je 2½ Jahren Zuchthaus. Die Urteile der Tolk-Kammer werden immer ungeheuerlicher und damit unverständlicher.

=====

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Die aller Welt

Roosevelt.

Amerikas neuer Präsident.

SPD. Der mit überwältigender Mehrheit gewählte Präsident der USA., der am 4. März 1933 ins Weisse Haus einziehen wird, verdankt seine ungeheure Popularität nicht zuletzt - seinem grossen Namen: Franklin Delano Roosevelt ist ein entfernter Verwandter des ehemaligen grossen Präsidenten Theodor Roosevelt. Er entstammt einem der Ältesten Geschlechter Amerikas, das im Laufe der Jahrhunderte, getrieben von Energie und Ehrgeiz, viel Reichtum und Ansehen erwarb. Wenn jetzt die Familie Roosevelt dem Lande zum zweiten Mal den "ersten Bürger der Vereinigten Staaten" stellt, so liegt das zweifellos im Rahmen jener bürgerlichen Ordnung, die so viel auf Tradition gibt.

Franklin Delano Roosevelt wurde am 30. Januar 1882 in Hyde-Park im Staate New York, auf dem Gute seines Vaters, geboren. Jener Vater war Eisenbahnpräsident und dadurch mit so beträchtlichem Vermögen gesegnet, dass er seinem Sohn eine hervorragende Ausbildung, die alle seine ursprünglichen Anlagen voll zur Entfaltung brachte, zuteil werden lassen konnte. Der junge Roosevelt studierte an amerikanischen Universitäten Jura; Reisen führten ihn nach Europa, auch nach Deutschland - an das er aber keine sehr gute Erinnerung haben soll, weil ihm sein Fahrrad an einem einzigen Tage nicht weniger als vier Polizeistrafen einbrachte... 1907 wurde er Rechtsanwalt; seine juristischen Erfolge waren wohl nicht sehr gross; in Hyde-Park soll er nun als Leiter der Freiwilligen Feuerwehr populär geworden sein...

1910 wechselte er dann in die Politik über. Er übernahm die demokratische Kandidatur für den heimischen Senat in Hyde-Park und trug mit 1100 Stimmen einen knappen Wahlsieg davon. Die Kurve seines politischen Aufstiegs verläuft jetzt sehr steil: im New Yorker Senat kam er rasch durch seinen Kampf gegen Tammany Hall, die New Yorker demokratische Parteiorganisation, in den Mittelpunkt; 1917 holte ihn Wilson, dessen politischer Ideenwelt er sich übrigens immer sehr geistesverwandt fühlte, als Unterstaatssekretär des Marine-Ministeriums in sein Kriegskabinet, wo er eine lebhafte Propaganda für die Aufrüstung zur See entfaltete; 1919 verhandelte Roosevelt - nachdem er die Flotte demobilisiert hatte - über den Verkauf amerikanischen Kriegsmaterials in Frankreich; wieder heimgekehrt warb er für Amerikas Eintritt in den Völkerbund; dann - 39 Jahre alt - liess er sich als Vizepräsident der Vereinigten Staaten aufstellen - erlitt aber eine grosse Niederlage und brachte es nur zum Vizepräsidenten einer kleinen Versicherungsgesellschaft in Maryland...

Zum politischen Pech, das ihn damals zum Rückzug aus dem öffentlichen Leben veranlasste, gesellte sich das körperliche Unglück: bei einem nächtlichen Waldbrand, den Roosevelt, gemeinsam mit anderen, zu löschen versuchte, holte sich der athletisch gebaute Mann eine starke Erkältung, die, zu wenig beachtet, sich rasch in eine spinale Kinderlähmung, die ihn vollkommen des Gebrauchs seiner Beine beraubte, wandelte. Mit eiserner Kraft kämpfte Roosevelt gegen das Leiden: Tag für Tag liess er sich von den heissen Bädern in Warm Springs umspülen, machte Schwimmkuren, konnte schliesslich an Krücken, später am Stock gehen - als er 1924 wieder die politische Arena betrat, sahen die Massen, die ihm zujubelten, einen fast Gesunden.

Vergeblich schlug Roosevelt damals unter dem Eindruck des Teapot-Oil-Skandals auf dem demokratischen Parteitag Al Smith als Präsidentschaftskandidaten vor - man einigte sich auf den Kompromisskandidaten Davis, der dann gegen Coolidge unterlag. Roosevelt zog sich nochmals aus dem politischen Tageskampf zurück. 1928 war es dann Al Smith, der ihn zurückrief und als demokratischen Gouverneurkandidaten des Staates New York protegierte. Roosevelt kam mit knapper Mehrheit durch: mit 25 000 Stimmen. Dass er eine äusserst glückliche Politik für die Auswertung der heimischen Wasserkräfte und für eine Herbeiführung entsprechend billiger Strompreise machte, trug ihm so viel Beliebtheit ein, dass seine Wiederwahl im Jahre 1930 nunmehr mit 725 000 Stimmen (!) erfolgte. Noch beliebter machte ihn, dass er sich immer als tatkräftiger Gegner aller irgendwie unfairen Geschäfte, wie sie z.B. erst unlängst dem New Yorker Bürgermeister Jimmy Walker zum Verhängnis wurden, zeigte, und - am beliebtesten natürlich, dass er sich seit je als Gegner der Prohibition bekannte. Ob er sonst, trotz des grossen Namens, Präsident geworden wäre?

+ + + Reichsgericht auf Reisen.

"Indizien" gegen Walter Bullerjahn - Die Geheimnisse von Wittenau.

SPD. Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts führt seit drei Tagen das Wiederaufnahmeverfahren im Falle Bullerjahn in Berlin durch. Der erste Berliner Verhandlungstag war im wesentlichen ausgefüllt mit einem Lokaltermin am Horstweg, jener Strasse, in der der französische Leutnant Jost wohnte. Eindeutige Zeugenbeweise dafür, dass der Obellagerverwalter Walter Bullerjahn das Mitglied der Interalliierten Militärkommission Jost besucht hat, liegen nicht vor.

Am zweiten Berliner Reichsgerichtstag fand ein geheimer Lokaltermin in Wittenau statt. In diesem nördlichen Berliner Vorort liegt das Lager der Berlin-Karlsruher Industriewerke, dessen geheime Waffenbestände Bullerjahn nach der Anklage, die im Jahre 1925 zu einer Zuchthausstrafe von 15 Jahren führte, an die Franzosen verraten haben soll. In der Dienstag-Nachmittagsitzung im Oberpräsidium in Charlottenburg wurde die Öffentlichkeit wieder hergestellt, die im wesentlichen auch am dritten Berliner Verhandlungstag (Mittwoch) gewahrt wurde. Die öffentlichen, ruhig und sachlich geführten Sitzungen waren überfüllt. Der Front der roten Roben gegenüber standen zwei kleine Tische: am linken sass der Angeklagte mit seinem Verteidiger, am rechten, ausgezeichnet durch Generalstreifen, ein Vertreter des Reichswehrministeriums; dahinter die Presse, das Publikum.

Der Verhandlungsverlauf bestätigt, dass die in einem von fünf hervorragenden deutschen Rechtsgelahrten abgefassten Gutachten zum Ausdruck gebrachte Empfindung richtig zu sein scheint. Danach beruht das Bullerjahn-Urteil auf keineswegs eindeutigen Indizien. So sagt der Zeuge Papenstecher - ehemaliger Leiter des Sicherheitsdienstes in den Berlin-Karlsruher Industriewerken - aus, dass das Benehmen des Angeklagten bei der plötzlichen Kontrolle im Dezember 1924 dadurch auffällig gewesen sei, dass er schnellen Schritte und mit abgewandtem Gesicht an den fremden Offizieren vorbeigegangen sei. Bullerjahn erwidert: " - schon deshalb nicht, weil sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite Offiziere standen. Ich bin über alle Waffenlager in den Werken informiert gewesen. Ein Lager war mir direkt unterstellt; die Kommission hat es nicht gefunden, und dabei hätte dessen Entdeckung sie mehr interessiert als alles andere - es war ein Lager, das ausserordentlich geheimgehalten werden musste. Ebenso habe ich gewusst, dass es eine Schafffabrik und ein Ausrüstungslager gab, die beide nicht von der Kontrollkommission ermittelt wurden."

Der als Zeuge vernommene Werksicherheitsbeamte Schmidt bekundet, dass Bullerjahn wegen vorgekommener Schrottschiebungen, an denen er aber nicht beteiligt gewesen sei, von der Direktion gerüffelt worden wäre. Bullerjahn fügt dieser Aussage hinzu, dass dieser Rüffel ihn damals zu jener Drohung: "Ich werde es der Firma schon anstreichen" veranlasst habe, die dann so gegen ihn ausgenutzt worden sei.

Der Zeuge Fischer, als früherer Lagerverwalter ein Untergebener Bullerjahns, macht die sehr wichtige Aussage, dass mindestens 30 Arbeiter über die einzelnen Geheimlager in Wittenau Bescheid gewusst hätten, ausserdem die Direktoren des Werks und sein persönlicher Vorgänger. Ein Teil der (verbotenen) Waren hätte bereits seit dem Jahre 1917 an Ort und Stelle gelagert. Wenn Bullerjahn in sein (Fischers) Lager gekommen wäre, dann habe er sich wohl nach den einzelnen Gegenständen erkundigt, aber besonders auffällig sei dieses Interesse, zu dem er ja in seiner Stellung als Oberlagerverwalter verpflichtet gewesen sei, nicht gewesen. Speziell vor der Auffindung des verbotenen Materials habe sich Bullerjahn nicht nach den Waren erkundigt. Vorsitzender Senatspräsident Büniger: "Vor der Polizei haben Sie gesagt: er kam öfter und pflegte sich in auffälliger Weise zu erkundigen." - Zeuge Fischer: "Aber das war nur, weil wir Ordnung im Lager haben wollten"....

Rechtsanwalt Rosenfeld, der Verteidiger des Angeklagten, fragt den Zeugen Fischer: "Es ist Bullerjahn früher belastend ausgelegt worden, dass bei dem verhängnisvollen Besuch der Kontrollkommission Leutnant Jost gerade die Oeffnung von Schrank Nr. 15 verlangte. Hätte Bullerjahn Veranlassung gehabt, gerade diesen Schrank zu verraten?" - Zeuge Fischer: "Nein, in den andern Schränken war dasselbe Material. Der Offizier machte wohl eine Stichprobe. Das gegen Bullerjahn gehegte Misstrauen gründete sich darauf, dass er früher einmal Drohungen gegen die Direktion ausgestossen hat; er meinte wohl, dass er die Firma dadurch schädigen könne, dass er die Zollhinterziehungen, Schrottschiebungen und Patentverletzungen, von denen er Kenntnis zu haben glaubte, veröffentlichte. Bullerjahn fügte damals hinzu: man könnte auch anzeigend, dass hier verbotene Waffen liegen... Ich habe die Drohung nicht für ernst genommen." - Bullerjahn: "Es bestand eine Anordnung, wonach alle diejenigen, die nicht unmittelbar beteiligt seien, bei den Kontrollgängen durch das Werk gar nicht anwesend sein durften. Ich habe bei der grossen Durchsuchung im Dezember 1924 auf die Hinzuziehung sogar gewartet! Ich wusste noch viel, was in andern Lagern versteckt war." - Zeuge Direktor Gebauer: "Das bezieht sich doch nur auf einen kleinen Teil des Lagers." - Verteidiger: "Klein - aber oho..." (Heiterkeit).

Am Mittwoch Nachmittag wurde u. a. noch darüber diskutiert, was eigentlich "ein Versteck" sei. Am Freitag wird man sich darüber in Leipzig weiter unterhalten. Der Prozess wird noch mindestens eine Woche dauern.

Ego.

+ + +

Gefängnis für Frau Jürgens. Frau Maria Jürgens, die geschiedene Frau des früheren Landgerichtsdirektors, jetzigen Kammergerichtsrats Jürgens, wurde nach zweitägiger Verhandlung vom Schöffengericht Berlin-Schöneberg wegen fortgesetzten Kreditbetruges zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Gleichzeitig wurde Frau Jürgens bei sofortiger Aufhebung des Haftbefehls eine dreijährige Bewährungsfrist zugebilligt.

Dreizehn Monate sassen, vor Jahren, Herr und Frau Jürgens unter der schweren Anklage der Brandstiftung und des Versicherungsbetruges in Starogard in Untersuchungshaft - dann wurden beide nach aufsehenerregender Verhandlung freigesprochen. Frau Jürgens bekam allerdings schon damals wegen Falschheides fünf Monate Gefängnis, die durch die dreizehnmonatige Untersuchungshaft als verbüsst angesehen wurden, zudiktirt. Es sollte für Frau

Jürgens, die das sehr milde Berliner Gericht eher für bodenlos leichtsinnig als für kriminell zu halten scheint, nicht die einzige Strafe bleiben... nur dauerte es eine ganze Weile, bis ihr die neue zu diktiert werden konnte: Frau Jürgens war zu wiederholten Terminen unentschuldigt oder unter erlogenen Vorwänden nicht vor Gericht erschienen; erst ein Haftbefehl brachte sie auf die Anklagebank.

Nach der Stargarder Affaire, die Frau Jürgens "mit politischen Gründen" zu entschuldigen versucht, hat sich das Ehepaar getrennt; es heisst, dass seine Gemeinschaft "aus beiderseitigem Verschulden" geschieden wurde. Die grosszügige Lebensführung, die Frau Jürgens, Tochter eines rheinischen Försters, vor dem Krieg Ehefrau eines Industriellen, allmählich zur Gewohnheit geworden war, wollte die plötzlich Vereinsamte wohl nicht aufgeben: sie liess sich in allerlei Geschäfte ein, deren Abwicklung sie in keiner Weise gewachsen war. Zwangsvollstreckungen blieben fruchtlos; vor Jahresfrist leistete Frau Jürgens den Offenbarungseid.

Die umfangreiche Beweisaufnahme ergab, dass zumindest ein Teil der Anklage berechtigt ist: Frau Jürgens hat unter Vorspiegelung falscher Tatsachen in verschiedenen Geschäften Gegenstände (Seide, Teppiche, Kleider, Lebensmittel usw.) auf Kredit gekauft, deren Wert die Monatsrente in Höhe von 250.-Mark, die sie von ihrem Gatten erhielt, um ein Vielfaches überstieg. Eine Reihe anderer Gesetzwidrigkeiten, wie mehrfache Verpfändung von Möbeln usw., kamen hinzu. Frau Jürgens behauptete, dass ihr jede Betrugsabsicht fernegelegen habe; unter normalen Umständen wäre sie in der Lage gewesen, ihre Verbindlichkeiten abzudecken; überhaupt handle es sich bei der Anzeige nur um einen Racheakt. Im übrigen meinte die Angeklagte: "Es ist mir ja vieles in diesen aufregenden Zeiten so schrecklich. Man verliert allmählich den Kopf, meine Herren!"

Und warm bekam Frau Jürgens in zahllosen Geschäften so hohe Kredite eingeräumt? Weil sie erklärte: "Mein Mann ist Kammergerichtsrat."

Gronau in Deutschland! Der deutsche Flieger Wolfgang von Gronau ist mit seinem Dornier-Wal, auf dem er, von List (Westerland) aus, die Welt umflog, am Mittwoch Nachmittag um 16 Uhr 10 bei den Dornierwerken in Altenrhein (Bodensee) gelandet.

Alsberg redet immer noch! Professor Alsberg plädiert seit vier Tagen im Berliner Mitgiftprozess Caro-Petschek. Er erhob am Mittwoch neue schwere Vorwürfe gegen die Familie Petschek. Sie hätte genau gewusst, dass der alte Ignaz Petschek jene Quittung, die Geheimrat Caro nach ihrer Behauptung gefälscht habe, selbst ausgestellt hat.

Sprengstofffund. An einem Mast der Ueberlandzentrale in der Nähe des Berliner Vorortbahnhofs Wuhlheide wurden 46 Sprengkapseln entdeckt. Die Lunte war bereits bis zur Hälfte abgebrannt. Allem Anschein nach sollte hier ein Anschlag auf die Stromzufuhr der Reichsbahn verübt werden. Der Polizeipräsident hat auf die Ergreifung der Täter eine Belohnung ausgesetzt.

"Die blonde Tänzerin". Vom Schwurgericht Nizza wurde die des Mordes beschuldigte 23jährige Adelheid Koslowski aus Gleiwitz, in Nizza unter dem Namen "Die blonde Tänzerin" bekannt, freigesprochen. Die Angeklagte hat im April dieses Jahres ihren Geliebten, einen Hotelbesitzersohn, durch zwei Revolvererschüsse getötet. Man glaubte der Täterin, dass die Schüsse ohne ihren Willen losgegangen seien...

Papenfinanzen.

Allerlei Rechenkunststückchen.

SPD. Die Entwicklung der Reichsfinanzen im ersten Halbjahr des laufenden Steuerjahres hat in der Öffentlichkeit einen geradezu niederschmetternden Eindruck gemacht. Umso grössere Ueberraschung löste der letzte Ausweis des Reichsfinanzministeriums aus. Nach diesem Ausweis liegt die Kassenlage des Reiches weit günstiger, als nach der Steuerpleite der Papenregierung zu erwarten war.

An Steuern sind in der ersten Hälfte des laufenden Rechnungsjahres (1. April bis 30. September) 380 Millionen weniger aufgekomen, als der Vorschlag vorgesehen hatte. Für das ganze Rechnungsjahr ist wohl mit einer Mindereinnahme an Steuern in Höhe von 700 bis 800 Millionen zu rechnen. Trotzdem weist dasselbe erste Halbjahr nach dem letzten Ausweis des Reichsfinanzministeriums einen Ueberschuss der Einnahmen über die Ausgaben in Höhe von 87 Millionen auf. Darob grosser Triumph in der Papenpresse. Es wird der Regierung sogar der Vorwurf gemacht, dass sie - man höre und staune - ihr Licht allzu sehr unter den Scheffel stelle. Dieser Vorwurf allzu grosser Bescheidenheit hat zumindest den Vorzug der Neuartigkeit.

Wie liegen aber die Dinge in Wirklichkeit? Der Steuerausfall des ersten Halbjahres entfällt fast ausschliesslich auf die Ueberweisungssteuern (Einkommen- und Umsatzsteuer). Das hat das Reich zu seinem Vorteil ausgenutzt, indem es die Ueberweisungen an die Länder, ohne Rücksicht auf die schwere Notlage der Länder- und Kommunalfinanzen, in vollem Umfang gekürzt hat. So wurden schon in der ersten Hälfte des Rechnungsjahres die Ueberweisungen um 270 Millionen gekürzt, was, auf das Jahr umgerechnet, weit über 500 Millionen ergibt. Das Reich hängt also den Ländern und Kommunen den Brotkorb immer höher, indem es nahezu das ganze Defizit, das es erleidet, rücksichtslos auf die Länder und Gemeinden abwälzt. Betrachtet man aber die Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden als eine Einheit, was sie innerlich unbestreitbar sind, dann lässt sich ein bedenkliches Anwachsen des Defizits auch schon für das erste Halbjahr gar nicht abstreiten.

Es kommt aber noch hinzu, dass die zweite Hälfte des Rechnungsjahres wesentlich stärker mit Ausgaben belastet ist als die erste; bei dem gegenwärtigen hohen Stand der Arbeitslosigkeit erst recht. Vor allem wachsen in dieser zweiten Jahreshälfte die direkten und indirekten Arbeitslosenausgaben des Reiches stark an. Rechnet man dazu noch die Aufwendungen für die Anleiheablösung in Höhe von fast 200 Millionen, die ausschliesslich ins zweite Halbjahr fallen, so kommt man trotz der Jongleurkunststücke der Papenpresse wieder zu eben jenem Milliardendefizit, das von uns schon vor einiger Zeit errechnet wurde. Zu einem Triumphgeschrei besteht also für die Papenpresse nicht der geringste Anlass. Im Gegenteil, die Regierung muss noch wie voran ihre Pflicht erinnert werden, endlich zu sagen, wie sie sich die Deckung des Defizits vorstellt, ohne die Länder und Gemeinden in eine Finanzkatastrophe hineingetrieben werden.

SPD. Die Hausse an der Berliner Börse setzte sich am Mittwoch in der Weise fort, dass die am Dienstag zurückgebliebenen Werte den Kurssprung nachholten. Auf dem Rentenmarkt kam es teilweise zu Kurserhöhungen bis zu 4 %. Schuldbuchforderungen zogen um 1 bis 1½ % an. Der Aktienmarkt zeigte Erhöhungen um rund 2 %. Am Schluss bröckelten hier jedoch die Kurse ab. Im übrigen zeigten sich am Schluss der Mittwochbörse deutlich Ermüdungserscheinungen. Es ist anzunehmen, dass sich in den nächsten Tagen bei den erreichten Kursen eher Verkäufer als Käufer finden.

SPD. Dass einzelne deutsche Städte nicht in der Lage sind, angesichts der riesigen Arbeitslosenlasten ihre Zinsen pünktlich zu zahlen, ist eine Tatsache, die die ungeheuren Finanznöte der Gemeinden unterstreicht. Schlimmer haben sich die Verhältnisse in Frankfurt und Köln entwickelt. Die beiden Städte können die Rückzahlung von Inhaberpapieren (Anleihen) nicht vornehmen. Es handelt sich um mittelfristige Schatzanweisungen in Höhe von 30 bzw. 40 Millionen Mark, die im Jahre 1929 aufgenommen wurden und am 1. Oktober dieses Jahres fällig waren. Weder Frankfurt noch Köln sind heute natürlich in der Lage, diese Beträge ganz oder auch nur zum Teil aus eigener Kraft zurückzuzahlen. Es musste daher ein Weg gesucht werden, um zu einer Einigung mit den Gläubigern zu kommen. Die Voraussetzungen dafür wurden durch eine Notverordnung geschaffen, die die Einrichtung der Gläubigerversammlungen bei Inhaberanleihen auf städtische Anleihen ausdehnte. Die erste Gläubigerversammlung trat nun in Frankfurt zusammen und wählte eine Gläubigervertretung, die mit der Stadt über einen Ausgleich verhandeln soll.

Bei dieser Gelegenheit kam nicht bloss die erschütternde Finanzlage der vom Reich vernachlässigten Städte zur Sprache - dabei ist zu bedenken, dass Frankfurt immer als eine der wohlhabendsten Städte des Reichs galt -, sondern es wurden auch die Bestrebungen der kapitalistischen Kreise sehr deutlich, die Notlage der Städte auszunutzen, um sich der wichtigsten Vermögenswerte der Städte, nämlich der Versorgungsbetriebe, zu bemächtigen. Diesen kapitalistischen Bestrebungen, nun auch noch die Versorgungsbetriebe, die wichtigsten Ansatzpunkte sozialistischer Planwirtschaft, in die Pleite der kapitalistischen Privatwirtschaft hineinzuziehen, muss entschiedenster Widerstand entgegengesetzt werden.

Bei dieser Gelegenheit muss darauf hingewiesen werden, dass sich bei den Städten, die sich heute unfähig erklären, ihre Anleihen zurückzuzahlen, die Politik des grossen Finanzkünstlers Dr. Schacht rächt, der heute ja auch stark in "autoritärer Staatsführung" macht. Sowohl Frankfurt als auch Köln hatten die Möglichkeit, für die jetzt zur Erörterung stehenden Anleihen langfristige Anleihen aufzunehmen. Günstige Angebote lagen vor. Hätten die Städte diese Angebote annehmen können, dann wäre Deutschland das Schauspiel erspart geblieben, dass die ehemals reichsten Städte in Deutschland, um Ausgleich betteln müssen. Schacht hat damals die Genehmigung zur Aufnahme langfristiger Anleihen verweigert. Schon damals spielte bei Schacht zweifellos der Gedanke mit, die städtischen Versorgungsbetriebe in die Hände des Privatkapitalismus zu spielen. Für die falsche Kreditpolitik des Herrn Schacht müssen jetzt die Städte und schliesslich die ganze deutsche Wirtschaft leiden.

SPD. Dem deutschen Volk ist ein neuer Retter im "Jungdeutschen Orden" entstanden, der einen Plan ausgearbeitet hat, den er selbst den "grossen Plan" nennt. Mit Hilfe dieses "grossen Planes" soll die Arbeitslosigkeit in Deutschland restlos beseitigt werden.

Es handelt sich bei den Projekten des Jungdeutschen Ordens um die Neuauflage von Arbeitsbeschaffungsprogrammen, die alle den Fehler haben, keinen Weg für die Finanzierung dieser Projekte angeben zu können. Nach dem "grossen Plan" sollen 1 Million Bauernhöfe neu angelegt werden. Auf diesen Bauernhöfen will man rund 4 Millionen Menschen beschäftigen. Damit würde sich nach den Ausführungen des "Jungdeutschen Ordens" die Arbeitslosigkeit um 3 Millionen Menschen verringern. 500 000 Menschen sollen bei der Anlage von Bahnen, beim Bau von Kirchen usw. im Rahmen der Massensiedlung Beschäftigung finden. In die allgemeine Dienstpflicht will man 800 000 Jugendliche einreihen. Was dann noch arbeitslos ist, so meint der Jungdeutsche Orden in seinem "Grossen Plan", wird durch die autentische Ankurbelung der Wirtschaft aufgesogen werden.

Für diesen Plan will der Jungdeutsche Orden in den nächsten Wochen einen grossen Propagandafeldzug im Zeichen der "Notzange" - das ist ein Symbol, das eine Zange zeigt, die an beiden Enden von zwei Fäusten gehalten wird - durchführen. Im übrigen soll dabei Propaganda für die "vom Krieg her bekannte feldgraue Ordnung" gemacht werden. Die "feldgraue Ordnung" soll die "liberale Ordnung", die Selbstbestimmung des Volkes nach der Weimarer Verfassung, ersetzen. Man sieht, der Jungdeutsche Orden hat einige neue Namen für die "grundsätzlich neue Staatsführung" des Herrn von Papen gefunden. Weiter nichts.

Das Wirtschaftsprogramm selbst ist eine bedenkliche Illusion. Um dieses Programm zu verwirklichen, müssten einige Dutzend Milliarden investiert werden. Der Jungdeutsche Orden verspricht, diese Milliarden durch - - Staatspapiere zu beschaffen. Was der Jungdeutsche Orden damit vorschlägt, ist glatte Inflation, Verewigung der Agrar- und Industriekrise mit Hilfe von Feder= geld.

Weiter Stützungserfolge.

(Berliner Getreidebörse vom 9. November.)

SPD. Im Zusammenhang mit der besseren Stimmung infolge der Hausse an der Effektenbörse konnte die Getreidestützung am Mittwoch recht erhebliche Erfolge erzielen. Allerdings blieben die Mehlpreise unverändert, was die Künstlichkeit der Getreidepreissteigerung am besten beweist. Am Promptmarkt gingen die Notierungen für beide Brotgetreidearten um je 1 Mark herauf. Allerdings nahmen die Stützungsstellen während der Kursfestsetzung grössere Mengen auf. Auch Hafer konnte, ebenfalls bei sehr ruhigem Geschäft, eine Mark gewinnen. Am Lieferungsmarkt zog Weizen, mit Ausnahme der Dezembernotierung, um 2 % an. Für Roggen konnten die Stützungsstellen durchweg höhere Notierungen durchdrücken.

	8.11.	9.11.
Weizen	198 - 200	199 - 201
Roggen	156 - 158	157 - 159
Braugerste	170 - 180	170 - 180
Futter- und Industriegerste	162 - 169	162 - 169
Hafer	132 - 136	133 - 138
Weizenmehl	24,00 - 27,25	24,00 - 27,25
Roggenmehl	20,50 - 22,60	20,50 - 22,60
Weizenkleie	9,00 - 9,40	9,00 - 9,40
Roggenkleie	8,25 - 8,60	8,25 - 8,60



Papens sozialpolitisches Fiasko.

Sensationelle Feststellungen der Reichsanstalt.

SPD. Seit Wochen beschäftigt sich die Öffentlichkeit mit den unsinnigen Ergebnissen, die die Papensche Lohnkürzungsverordnung vom 5. September gezeitigt hat. Selten hat eine Verordnung grössere Verwirrung, Erbitterung, grössere Ungerechtigkeiten und Bereicherungsmöglichkeiten geschaffen als diese. Aber während noch die Anklagen gegen diese unhaltbare Regelung auf dem Gebiet der Löhne sich täglich mehren, wird gleichzeitig - und in diesem Falle bemerkenswerterweise sogar durch amtliche Feststellungen - offenbar, welche untragbaren Zustände die erste Notverordnung der Papen-Regierung vom 14. Juni d. J. mit der Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung hervorgerufen hat.

Die erste Tat der Papen-Regierung bestand bekanntlich darin, durch diese Verordnung die durch hohe Beitragszahlung erworbenen Ansprüche der Arbeitnehmer in der Arbeitslosenversicherung auf die minimale Dauer von 6 Wochen zu beschränken und die Weitergewährung der Unterstützung alsdann von dem Vorliegen der sogenannten Hilfsbedürftigkeit abhängig zu machen. Diese Hilfsbedürftigkeit sollte nach den Wünschen der Reichsregierung genau so wie in der kommunalen Wohlfahrts- (Armen-) pflege geprüft werden und zwar nicht durch die Arbeitsämter sondern unmittelbar durch die Gemeinden. Die Neuerung wurde damit begründet, dass es auf diese Weise möglich sein würde, eine individuelle Prüfung der Verhältnisse der Arbeitslosen um eine dem Einzelbedarf angemessene Festsetzung der Unterstützungssätze durchzuführen.

Diese Regelung musste, worauf die Gewerkschaften seinerzeit sofort aufmerksam machten, zu völlig unmöglichen Ergebnissen führen. Das jetzt vorliegende amtliche Gutachten des Prüfungsdienstes der Reichsanstalt für die Durchführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung beweist, dass alle Befürchtungen, die man an die Neuregelung knüpfen konnte, bei weitem übertroffen wurden. Gleich zu Beginn stellt das Gutachten fest, dass die den Gemeinden zugestellten Fragebogen zu einem erheblichen Teil verspätet und oft auch nur auf wiederholte Vorstellungen beim Arbeitsamt einliefen, dass selbst innerhalb des gleichen Arbeitsamtsbezirks "das verschieden starke Interesse der Gemeinden an der Mitarbeit zwangsläufig zu verschiedener Behandlung an sich gleich gelagerter Tatbestände" geführt hat, dass "sich insbesondere in kleinen Gemeinden bei den Gutachten die sehr häufig verschiedene Grundeinstellung der einzelnen Gemeindevorsteher nachteilig für eine gleichmässige Behandlung auswirkte." Ausdrücklich wird festgestellt, es sei selbstverständlich, "dass der heutige Rechtszustand zu einer völlig ungleichmässigen und infolgedessen auch sozial ungerechten Handhabung der Einzelfälle" führe. Vor allem wird darauf hingewiesen, dass die ausserordentliche Unterschiedlichkeit der Wohlfahrtsrichtsätze in den Gemeinden, die für die Hilfsbedürftigkeitsprüfung massgebend sind, die Arbeitslosen in nahe beieinander liegenden Gemeinden mit völlig gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen in ihren Sätzen völlig verschieden stellt, dass auch bei der Anrechnung von Einkünften und von Gelegenheitsverdiensten keinerlei Einheitlichkeit zu verzeichnen ist, und dass die Behauptungen der Gemeinden, "es sei aus der intimen Kenntnis der Gemeinden über die Verhältnisse ihrer Ortsansässigen eine weitgehende Individualisierung" möglich,

einwandfrei widerlegt sind. Dies gelte sowohl für die grossen und mittleren wie auch für die kleineren Gemeinden.

Wie gerade in den kleinen Gemeinden verfahren wird, dafür gibt die Begründung zahlreicher abgelehnter Unterstützungsanträge ein anschauliches Bild. So wird die Unterstützung abgelehnt, weil "der Antragsteller noch nicht lange ortsansässig" ist, oder "weil er Wanderarbeiter ist"; einem Arbeitslosen wurde die Unterstützung abgelehnt, "weil er sich in letzter Zeit einen Füllfederhalter" gekauft hat. In einer anderen Gemeinde wurde die Ablehnung begründet mit dem Bemerkens, dass vor 50 Jahren, wenn jemand keine Mittel zu leben gehabt habe, er den Bettelstab ergreifen musste, und so mag der Arbeitslose das auch heute noch tun". Dass auch verwandschaftliche und politische Verbindungen für und gegen die Arbeitslosen gerade in den kleineren Gemeinden eine Rolle spielen, wird mehrfach dargetan.

Wie willkürlich bei der Hilfsbedürftigkeitsprüfung bei den Gemeinden verfahren wird, zeigt vor allem die Tatsache, dass selbst bei ordnungsmässigen Einspruchsverfahren in einem ungewöhnlich hohen Prozentsatz der Fälle die ursprüngliche Entscheidung zu Gunsten der Arbeitslosen abgeändert werden musste. So stieg in 20 Fällen, in denen im ersten Gutachten der Gemeinde insgesamt nur 17 Mark Unterstützung bewilligt worden waren, diese Bewilligung nach zweimaliger Nachprüfung durch den Bezirksfürsorgeverband bis auf 153,50 Mark. Im Landesarbeitsamt Rheinland wurden von 280 000 bis Ende Juli erstmals erstatteten Gutachten nicht weniger als 19 641 abgeändert und zwar sämtlich zu Gunsten der Arbeitslosen. Krasser kann wohl die völlige Unzulänglichkeit der schematischen Gutachten der Gemeinden nicht beleuchtet werden.

Den Gemeinden und Bezirksfürsorgeverbänden wurde eine Aufgabe übertragen, die sie gar nicht erfüllen können. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob im Wege der Wohlfahrtspflege einzelne Fälle der Verarmung individuell erfasst und betreut werden sollen, oder ob eine Millionenschar von arbeitsfähigen Arbeitnehmern, die das Klassenschicksal der Arbeitslosigkeit erleidet, versorgt werden muss. Und weil das so ist, darum ist die Durchführung einer Hilfsbedürftigkeitsprüfung gegen die Arbeitslosen nicht nur eine Ungerechtigkeit, sondern auch eine Massnahme, deren finanzieller Ertrag in keinem Verhältnis zu den Aufwendungen des notwendigen Verwaltungsapparats steht. Darum ist es aber auch, wenn schon der Unterstützungsbezug vom Nachweis der Mittellosigkeit abhängig gemacht werden soll, grundsätzlich verfehlt, diesen Nachweis mit den Methoden der Armenpflege zu prüfen.

Das Gutachten, das durch kleine politische Ausfälle zur Genüge seine Unverdächtigkeit im Sinne einer arbeitnehmerfreundlichen Einstellung dargetut, erklärt sowohl die Gemeinden als auch die Bezirksfürsorgeverbände für ungeeignet, die Entscheidung über die Hilfsbedürftigkeit der Arbeitslosen zu treffen. Die Begründung dieser seiner Feststellung entspricht im wesentlichen der Auffassung der Gewerkschaften und nebenbei auch den Gedankengängen, die bereits früher in dem Entwurf der SPD-Fraktion für ein Gesetz über Arbeitslosenfürsorge als Ergänzung der Versicherung enthalten waren. Das Gutachten verlangt zum Schluss die Uebertragung der gesamten Prüfungen an die Arbeitsämter, weil sie ihrem Aufbau und ihrem Aufgabengebiet nach die geeigneten Stellen seien.

Vorbedingung für eine gerechte Durchführung des Gesetzes ist natürlich vor allem die Wiederherstellung einer gerechten Rechtsgrundlage. Die Papensche Notverordnung vom 14. Juni muss verschwinden. Die Versicherungsgrundlagen in der Arbeitslosenversicherung müssen wieder hergestellt werden. Eine Arbeitslosenfürsorge zur Versorgung der Ausgesteuerten muss unabhängig von der Wohlfahrtspflege geschaffen werden. Auch die Gemeinden und ihre Verbände dürften das jetzt hoffentlich einsehen.

SPD. Zur Entlastung der Gemeinden, die unter dem Druck der Kosten für die Unterstützung der Wohlfahrtserwerbslosen schwer zu leiden haben, ist dieser Tage eine neue Verordnung erschienen, wonach ab 28. November bis 31. März keine Aussteuerung mehr aus der Krisenfürsorge stattfindet. Also eine vorübergehende Verlängerung der Bezugsdauer der Krisenunterstützung. Die Krisenunterstützung wird weiter gezahlt, auch wenn die Bezugsdauer erschöpft ist.

Auch dieser Entlastungsversuch zu Gunsten der Gemeinden ist nur eine halbe Massnahme. Es wird jetzt allmählich Zeit, dass durch die Schaffung einer einheitlichen Arbeitslosenfürsorge für die Ausgesteuerten eine sozial erträgliche Versorgung gewährleistet wird.

SPD. Die Spitzenverbände der Krankenkassen und der Aerzte haben beschlossen, gemeinsam bei der Reichsregierung die Einbeziehung der Kassen in das Sicherungsverfahren zu fordern, da die bisherige Handhabung des Verfahrens bewirkte, dass erhebliche Beitragssummen rückständig geblieben sind. Die ostpreussischen Krankenkassen sind infolgedessen schon seit längerer Zeit nicht mehr in der Lage, die kassenärztlichen Honorare zu zahlen. In gleicher Weise leiden die Krankenanstalten, die Apotheker, die Zahnärzte und die übrigen Heilberufe. Die Einbeziehung der Krankenkassen in das Sicherungsverfahren kann und soll, wie die Verbände ausdrücklich erklären, nicht eine Neubelastung der landwirtschaftlichen Betriebe herbeiführen.

Bisher waren alle von den Verbänden bei den Regierungsstellen unternommenen Schritte erfolglos.

SPD. Eines der grössten und ältesten Textilunternehmen von Lodz, die Fabrik Scheibler & Grohmann, hat wegen zunehmender Verschlechterung der Bestellung beschlossen, das Unternehmen zu schliessen. Den Arbeitern ist zum 19. November gekündigt worden. Durch diesen Schritt werden 6 100 Arbeiter brotlos.

SPD. Die Bevorzugung der Versorgungsanwärter bei der Anstellung hat eine neue Erweiterung erfahren. Der Prozentsatz der Versorgungsanwärter, die bei öffentlichen Behörden beschäftigt werden dürfen, ist für die unteren Gruppen, d.h. für die Hauptmasse der Anwärter von 75 auf 90 Prozent erhöht worden. Im übrigen besteht seit dem 1. Juli zu Gunsten der Versorgungsanwärter auch ein Vorrecht für berufliche Betätigung in der Sozialversicherung.

Für diese fortgesetzte Bevorrechtung der Versorgungsanwärter ist absolut kein stichhaltiger Grund zu entdecken, am allerwenigsten bei einer Betätigung in der Sozialversicherung; denn hierfür bringt der Versorgungsanwärter gerade infolge seiner bisherigen Laufbahn am allerwenigsten Eignung mit.

SPD. Die Gefahr der Entlassung, von der bei der Berliner Verkehrs-Gesellschaft nach dem Zusammenbruch des von den Kommunisten und Nationalsozialisten frivol angezettelten Streiks 2 500 Arbeitskräfte bedroht sind, hat in so manche Familie der Berliner Verkehrsarbeiter schwere Sorge gebracht. Die freien Gewerkschaften unter Führung des Gesamtverbandes haben

am Mittwoch mit der Direktion der BVG über die Wiedereinstellung entlassener Arbeitnehmer verhandelt. Namens der am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften hat der Gesamtverband gegen die Entlassungen schärfsten Protest erhoben.

Die Verhandlungen hatten zunächst das Ergebnis, dass die Direktion der BVG sich bereit erklärte, sofortige Nachprüfungen vorzunehmen; sie stellte Wiedereinstellungen in Aussicht, soweit es die Verkehrs- und Betriebsverhältnisse irgend zulassen.

Die Gewerkschaften vergelten nicht Böses mit Bösem. Die kommunistisch-nationalsozialistische Streikfront hat sie tägelang mit Dreck beworfen. Jetzt sollen die Gewerkschaften wieder aus der Patsche helfen. Sie werden ihr möglichstes tun; denn sie wissen, was es heißt, vor Eintritt des Winters die Arbeitsstelle zu verlieren. Aber der Kampf um die Wiedereinstellung wird schwer sein. Deutlich genug hat ja die BVG zu verstehen gegeben, dass sie bisher aus sozialen Gründen etwa 3 000 Arbeitskräfte mehr beschäftigt habe, als unbedingt notwendig gewesen seien. Selbstverständlich wird man die BVG darauf aufmerksam machen, dass sie nun nicht einfach die Gelegenheit beim Schopf packen und sich ihre angeblich überflüssigen Arbeitskräfte vom Halse schaffen kann. Auch die BVG muss die Kirche im Dorf lassen. Jedenfalls werden die Gewerkschaften nichts unterlassen, um die Verkehrsgesellschaft zum Einlenken zu bewegen.

Lehrreich, überaus lehrreich ist die Situation, in die die Arbeiter der Berliner Verkehrsgesellschaft durch das Streikabenteuer der Nazi-Kozi-Front hineinmanövriert wurden. Kommunisten und Nationalsozialisten sind in Deutschland nur dazu da, um über die Arbeiterschaft Unglück zu bringen. Und immer wieder sind es nur die Gewerkschaften, die dem Arbeiter eine Möglichkeit und eine Hoffnung zur Hilfe bieten können.

SPD. Das Reichsarbeitsministerium hat eine merkwürdige Auffassung von der Selbstverwaltung der Angestelltenversicherung. Der Verwaltungsrat hatte im August einstimmig beschlossen, auf Grund seiner Kompetenz aus der fünften Notverordnung die 18-Jahr-Grenze für Kinderzuschüsse und Waisenrenten wieder einzuführen und eine Elternrente neu zu schaffen. Das Reichsarbeitsministerium hat nach etwa 3 Monaten plötzlich entdeckt, dass der Verwaltungsrat zu diesem Beschluss gar nicht befugt war, obwohl er nicht ohne Wissen des Ministeriums gefasst wurde. Der Verwaltungsrat muss also Ende November noch einmal antreten, um es dem Ministerium nun endlich recht zu machen.

SPD. Die Belegschaft der Mecklenburger Marmorwerke in Parchim ist ausgesperrt worden. Die Firma Haeger hatte durch Anschlag bekannt gemacht, dass ein Lohnabbau von 5% erfolge und stillschweigendes Weiterarbeiten als Anerkennung des Lohnabbaus betrachtet werde. Die Verhandlungen mit dem Zentralverband der Steinarbeiter verliefen ergebnislos. Die Belegschaft konnte infolgedessen die Arbeit nicht wieder aufnehmen.

Ein neuer Lohnabbau ist für sie untragbar. Die Löhne waren ab 1.1.1932 um 15% gesenkt worden und am 2. Mai durch Diktat von neuem um 15%. Die Löhne der Marmorarbeiter in Parchim gehören zu den niedrigsten im Reich. Im August hat die Firma noch eine Granitschleiferei neu eingerichtet. Auch haben sich die Aufträge seit Juli erheblich gebessert. Mit schlechter wirtschaftlicher Lage kann der neue Lohnabbauversuch unmöglich begründet werden.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 9. November 1932.

Die tote Stadt.^x

oooooooooooo

SPD. Wenn man mich fragt, welches Kriegserlebnis mich am meisten erschüttert habe, so antworte ich: St. Quentin. Ich habe die zerfetzten Leiber von Menschen und Tieren gesehen, habe unzählige Verwundete stöhnen hören und den Pestgeruch der Verwesung gestmet. Wenn man heute mit den Schlagworten "Autarkie" und "Aufrüstung" um sich wirft, dann muss ich an die Opfer dieses schon einmal bis zum Gipfelpunkte gesteigerten Wahnsinns denken. Aber lebendiger noch wird die Erinnerung an jene unglückliche Stadt St. Quentin, wenn ich durch die Strassen meiner Heimatstadt wandere. Unablässig strömt hier der Verkehr auf und ab; Lichtreklamen blitzen auf, und hell erleuchtete Schaufenster zeigen die Pracht ihrer Auslagen. In Theatern und Konzertsälen lauscht eine andächtige Menge den Offenbarungen der Kunst: die Bescheideneren nehmen mit Variété und Kino vorlieb. Ueberall ist Leben, Bewegung, Vorwärtsstreben. Wenn auch der Schein trügt und das Elend vielen tief in den Knochen sitzt, ein Stückchen Besitztum, ein Eckchen Heimat hat noch Jeder der vielen Tausende, die gleich mir ihren Abendbummel machen oder zu Hause in ihren vier Wänden sitzen. -

Vor vierzehn Jahren kam ich aus dieser Stadt, wo ich einen kurzen Urlaub verbracht hatte, nach dem Westen. Der Pulsschlag ihres Lebens klang noch in mir nach, als ich auf der Suche nach meinem Regiment, das seinen Standort inzwischen gewechselt hatte, in St. Quentin dem Zuge entstieg. Schon von fern hatte ich die Stadt, die einst 55 000 Einwohner zählte, freundlich im Sonnen- glanze da liegen sehen überragt von der mächtigen Basilika. Doch als ich näher kam, verwandelte sich ihr freundliches Antlitz in die hässliche Fratze eines Totenkopfes. Diese Stadt, beinahe ebenso gross wie meine Heimatstadt, war tot, gemordet von der Kriegsfurie. Keiner der Tausende von Einwohnern, deren Leben so unlösbar mit ihrer Stadt verbunden schien, wollte mehr in ihren Mauern. Der Krieg hatte sie unerbittlich hinausgepeitscht. Es half ihnen nichts dass sie sich dabei das Herz aus der Brust reissen und es dort zurücklassen mussten wo sie gelebt und geliebt, Freude und Leid erfahren hatten, wo ihre Kinder geboren, ihre Elternbegraben waren. Und als man sie aus ihrer Heimat vertrieben hatte, kamen Granaten über Granaten und schändeten die Wohnstätten der Unglücklichen. Die Geschosse rissen Löcher in die Wände und deckten die Dächer ab, dass der Regen den Weg ins Innere fand und alles zerstörte, was die Granaten noch übrig liessen.

Aus allen Häusern, wohin ich auch meine Schritte lenken mochte, glotzte mich das Grauen an, und ein widerlicher Geruch von Feuchtigkeit und Verwesung kroch mir in die Nase. Irgendwo lag ein zertrümmertes Klavier, und die zer- rissenen Saiten stöhnten leise im Winde. Es klang wie ein vorwurfsvolles Klä- gen, wie eine Anklage gegen den Krieg, der nicht nur Menschen, sondern auch Dinge mordete. Im Theater, wo einst Hunderte festlich gestimmter Menschen sich beglückendem Kunstgenuß hingegeben hatten, fiel das eingedrungene Wasser monoton in schweren Tropfen vom Schnürboden auf die leere Bühne herab. Der Zuschauerraum war ein Bild der Verwüstung. Von einem grossen Warenhause, dessen Auslagen früher ebenso lichtstrahlend die Käufer angelockt hatten wie die Schaufenster des Warenhauses meiner Heimat, stand nur noch das riesige Eisen- gerippe. Das Uebrige hatte der Krieg gefressen. Die Basilika, einst ein Kunst- werk von einiger Bedeutung, bewies, dass der Krieg keine von Gott gewollte Einrichtung ist. Sie bewies auch, dass das Interesse von Generälen an derar-

tigen Kunstwerken nur so weit reicht, als diese Werke zur Aufstellung von Artilleriebeobachtungsposten tauglich sind. Wenn dann die böse feindliche Artillerie, die von ebenso kunstliebenden Leuten kommandiert wird, solche Bauwerke zerstört, dann wäscht man sich in Unschuld die Hände. - -

Vierzehn Jahre sind seit jenem Tage, an dem mein Fuss die tote Stadt betrat, verflossen. Vierzehn Jahre - wahrlich eine Zeit, in der die Menschheit Mittel und Wege hätte finden können, um sich das Kriegsgespenst für immer vom Leibe zu halten. Aber die Menschheit hat diese Zeit nur benützt, um zu vergessen. Darum müssen wir umso lauter unsere Warnung in die Welt hinaus-schreien: "Seht Euch vor, die Ihr von Autarkie und Aufrüstung, von Wehrwillen und Revanche schwatzt, seht Euch vor! Auch Euer "trautes Heim", wo Ihr das "Glück allein" zu geniessen glaubt, kann eines Tages eine durchlöcherterte und ausgebrannte Ruine sein!"

Richard Spitznagel.

Abschied vom Leben....X

SPD. Man schrieb den 20. November 1811. Die Menschen erschauerten unter dem frostigen Atem des Winters. Die Linden an Berlins breitester Strasse ragten wie Reiserbesen in den dämmerigen Abendhimmel. Eine Pferdewagen kam aus der Gegend des Brandenburger Tors. Der Kutscher putzte im Fahren die Laterne, hielt dann an einer Strassenecke und ging mit der Oelkanne in den Krämerladen.

"Lange Fahrt machen, Paule?" fragte der Alte hinter dem Ladentische.

"Wat weess ick...? Gesagt hamse, nach draussen!"

"Wen haste denn inne?"

"Eenen schönen Mann um dreissig und 'ne ältere Fru, die aber nich seine is. N'Abend..."

Die Fahrt ging nach dem Wannensee hinaus. Der berühmte märkische Schwan war festgefroren und warf den Wagen hin und her, dass er in allen Fugen krachte und manchmal auseinanderzubrechen drohte. Den Beiden unter dem rissigen Verdeck schien der Mund eingefroren zu sein. Der Frau klapperten die Zähne. Einmal sagte sie mit schwacher, zitternder Stimme: "Mein Herz, mein Herz..."

"Noch eine kurze Spanne Zeit, meine Liebe," antwortete der Mann ihr gegenüber, "dann tut keine Kälte, kein Schmerz Ihrem Herzen mehr weh." Das klang gar seltsam loppelsinnig, ahnungsvoll.

Der Wirt einer Wegkneipe (sie hiess "Zum Stimming") kam mit der Stocklaterne vor die Haustür und leitete die Fremden über die zugige Diele in ein kleines, verräuchertes Gastzimmer. Die Magd brachte einen Arm voll Buchenscheite, die bald im Kamin hell aufloderten. Ein Tisch wurde vor das Glutloch gerückt. Aus dicken Gläsern dampfte heisser Rum. Die Lippen der Frau aber blieben blau, und ihre Haut schimmerte im fahlen Weiss. Aufmerksamere Augen hätten ihr ansehen können, dass sie herzkrank war.

Der Kutscher trank einige Bittere zur Erwärmung, dankte überschwenglich für die Geldstücke, die ihm der Mann in die Hand drückte, und gab dem Wirt ein Zeichen, ihm auf die Diele zu folgen. Dort flüsterte er ihm ins Ohr: "Eenen Taler hät se mi extra gieven. Für die Fahrt eines deutschen Dichters in die Un...sterb...lich...keit... hät he sägt."

"Wat hät he sägt?"

"Du olle Schlafmütze sallst mi für'n halven Taler Schnaps up den Weg gieven!" schrie ihm der Kutscher ärgerlich in die halb tauben Ohren.

Der Fremde am Tische bestellte in rascher Folge immer wieder Rum. Seine Augen flackerten, und seine Wangen glühten. Manchmal sprang er auf, lief ein paarmal durch die Stube, blickte an den Wänden empor und sprach hastig und erregt, Er machte einen verwirrten Eindruck. Jetzt stösst er das volle Glas

so ungestüm in die Höhe, dass Tropfen über seine Hand auf die braune Tischplatte rinnen: "Zum Wohl, Herr Geheimrat von Goethe! Ueber die schweigenden Lande grüsst Sie Ihr Bruder in Apoll. Schon den braunen Frack angelegt? Schon den Orden vorgesteckt? Ah, Sie erwarten Gäste, eine liebeliche Sängerin mit Vogeltrillern in der Kehle, eine polnische Gräfin, den Papa Wieland vielleicht.... Und wen liessen Sie vor der Türe stehen? Mich, mich! Heinrich von Kleist! Erst verballhornen Sie meine Komödie, den "Zerbrochenen Krug"; dann äussern Sie sich abfällig, beleidigend über mich, dann schicken Sie meine Forderung zum Duell zurück... O, Sie jämmerlicher Literaturpapst!"

Die Frau legt erschrocken ihre Hand auf seinen Arm. Er findet in die Wirklichkeit zurück und sagt sehr artig: "Verzeihung, Madame!" Das Gespräch bewegte sich wieder in den Ebenen der Konversation. Nur einmal noch erhebt sich die Stimme des jungen Mannes zum zornigen Ausbruch: "Ueber dieser Brust sass einmal der prunkvolle Rock des preussischen Offiziers. Die Soldaten mussten vor mir Männchen machen. Lächerliche Welt! Als ich ihr mein Herzblut gab, als ich ihr das "Käthchen von Heilbronn", die "Penthesilea" und die "Hermannsschlacht", den "Prinzen von Homburg" und andere Dramen schenkte, da hielt sie mir abwehrend die Hände entgegen. O, ich kam auch nicht leise daher wie ein braver deutscher Hausdichter! Ich brachte den Sturm mit; ich wollte sie in der "Hermannsschlacht" aufrütteln zum Kampfe gegen Napoleon. Aber meine Flammen fielen nicht in aufgehäuften Zunder, sondern verlöschten in der Kühle kleiner Herzen. Die Deutschen glauben nicht mehr an die geheime Kraft des Herzens. Vaterland, du bist verloren. Was soll ich auf der Welt noch...?"

Der Wirt fuhr bei dem lauten Fluche aus dem Schlafe und schlurfte gähmend nach dem Tische der Fremden: "Schon spät, meine Herrschaften..."

"Erst noch einen Schnaps! Rest weg und dann den Krug entzwei!"

Auf der Stiege vor den Schlafkammern umklammerte die Frau (es handelte sich um eine Henriette Vogel aus Berlin) den Arm des Mannes und fragte erregt: "Werden Sie morgen die Kraft dazu haben?"

"Ja, Madame!"

Der Wirt legte einen heissen Ziegelstein in das Bett der Frau. Er hörte nicht mehr das Klappern ihrer Zähne und das Stöhnen ihres Herzens. Nebenan öffnete der Mann das Fenster. Der eisige Nachtwind blies die Kerze aus. Ein Fluch drang in die Stille hinaus. Bald drückte der Schlaf zwei Augen zu, die von dem Scherbenhaufen der Welt und des eigenen Lebens nichts mehr zu sehen wünschten.

Am andern Morgen hing ein bleischwerer Novemberhimmel vor den Fenstern. Aus dem Hofe klang das eintönige Geräusch des Holzhackens. Der Fremde (wir könnten auch sagen: der Dichter Heinrich von Kleist) ging mit gesenktem Kopfe in der Wirtsstube auf und ab. Er betrachtete scheinbar aufmerksam die Fensterkreuze, die Flaschen auf dem rohen Regal, die Bilder an den Wänden. Der Wirt guckte öfters, neugierig und beunruhigt, durch die Türspalte. Gegen Mittag kehrten Fuhrleute ein, die mit Weissbier auf dem Wege nach Potsdam waren. Kleist warf ein Goldstück auf den Tisch und wies den Wirt an, die Leute mit Schnaps zu traktieren. Bald erfüllte Stimmengewirr die enge Stube. Kräftige Witzworte wurden dröhnend belacht. Die Lustigkeit steckte auch den Mann und die Frau, die sehr bleich und krank aussah, an. Sie sangen am Ende sogar Berliner Gassenhauer mit.

In den frühen Nachmittagsstunden (die trübselige Dämmerung eines nasskalten Novembertages senkte sich schon herab) tönten aus der Richtung des Sees zwei Schüsse. Die Bierkutscher fanden die beiden Fremden, die am Mittag noch so ausgelassen lustig gewesen waren, in der Sandgrube tot auf. Die Männer sahen sich an und schüttelten die Köpfe. Was wussten sie, was wissen wir von der Verzweiflung eines Herzens...? Konnten sie etwas ahnen von der Todessehnsucht einer unheilbar herzkranken Frau?

Aus den hinterlassenen Papieren ging später hervor, dass Frau Henriette Vogel den Dichter Heinrich von Kleist beschworen hatte, sie von ihrem Leiden zu erlösen, und dass dieser selbst mit der Pistole an der Schläfe den Weg aus der wirren Zeit und dem sinnlosen Dichterleben gesucht hatte.

Hans Heinrich Strätner.

Gottfried Kinkel.^x

(Zu seinem 50. Todestage.)

SPD. Wollte sich die Gegenwart ein Urteil über Gottfried Kinkel einzig nach der Meinung bilden, die Karl Marx und Friedrich Engels in ihrem offenerzigen Briefwechsel über Kinkel austauschten, so nähme heute kein Hund zu seinem Andenken ein Stück Brot an. Sicher war das historische Recht auf der Seite der Beiden, wenn sie, die Jahre, fast Jahrzehnte die Luft des Londoner Exils mit ihm teilten, ihn als eiteln, unwissenden, anmassenden Schönschwätzer ablehnten, aber Ausflüsse objektiver Gerechtigkeit waren weder die ewigen Bezeichnungen "der dumme Kinkel", "der süsse Kinkel", "der verlogene Pfaffe Kinkel" noch der Spott über "seine rotsaffianlederne Weise" zu reden noch der Hohn: "Der Bursche predigt Optimismus in säuselnder, hutabziehender, schwachmatiger Form". Wer Kinkel durch solche Ausbrüche des Unmuts der Altmeister des wissenschaftlichen Sozialismus ein für allemal abgetan wissen will, dem müsste freilich auch jedes böse Wort der beiden guten Hasser gegen Ferdinand Lassalle, Wilhelm Liebknecht und Ferdinand Freiligrath bare Münze sein.

Der Kinkel, mit dem Marx und Engels in London nicht zusammenkommen wollte noch konnten, hatte überdies auch die sozusagen geschichtliche Aufgabe seines Lebens schon hinter sich; für den Rest seiner Tage zehrte er vom Ruhme der Jahre 1848, 1849 und 1850. Im Vormärz schon kannte man seinen Namen, am meisten am Rhein. Ein Pfarrerssohn aus Oberkassel, zog bereits der Ein-, der Zweiundzwanzigjährige als Privatdozent der Kirchengeschichte an der Bonner Universität und bald auch als Hilfsprediger der evangelischen Gemeinde in Köln die Aufmerksamkeit auf sich; noch mehr redete man von Kinkel, als er mit Johanna Mockel eine Katholikin und geschiedene Frau heimführte und von der Kirchen- zur Kunstgeschichte, vom Glauben zur Freigeisterei hinüberwechselte. Auch nach dem Lorbeer des Dichters griff er, obwohl nur ein Talent dritten oder vierten Ranges, mit manch gagluckter Strophe. An jene Tage, da er, ein lebhaft sprudelnder Kopf, Anregungen empfangend und gebend, geliebt und bewundert, recht aus dem Vollen zu leben glaubte, erinnerten später die Verse:

Im Freundesreigen stand ich stark
Beim Becher und in Fehde.
Mein Leib war fest, gesund mein Mark,
Und golden floss die Rede.

Schon seine rheinische Heimat, die in Kinkels Geburtsjahr 1815 an Preussen gefallen war, und von deren Bewohnern er vermerkte: "Wir selbst kamen uns viel eher als ein erobertes Land vor", wies einem so beweglichen und zukunftsgläubigen Geiste seinen Platz im Lager der politischen Opposition an, und als 1848 losbrach, schwenkte der Bonner Professor begeistert die Fahne der unbedingten Demokratie. Im Freiheitsüberschwange dieses Jahres war sein lyrisches Pathos der rechte, auf Massen wirkende Ton, aber als, im Frühjahr 1849, die Revolution auf beiden Beinen zu lahmen begann, bewies Kinkel, dass er, redlich für die deutsche Einheitsrepublik erglüht, doch mehr zu sein verstand als nur ein politischer Schönrédner. Nach dem missglückten Versuche, mit den Bonner Demokraten das Siegburger Zeughaus zu stürmen, eilte er auf den Schauplatz der Reichsverfassungskampagne und trat in Baden als einfacher Wehrmann in das Freikorps Willich ein. Als er Ende Juni während der Gefechte

an der Murglinie verwundet in die Hände der Preussen fiel, machte er sich keine Illusionen über das Los, das ihn erwartete; keine leere Phrase war es, was er in den Kasematten von Rastatt niederschrieb:

Den Feinden mild, den Freunden gut,
Die Hand noch rein vom Fluche,
Kein Blatt voll Hass, kein Blatt voll Blut
In meines Schicksals Buche:
So werf' ich in den Opferbrand
Ein reichbekröntes Leben -
O Glück und Stolz, mein Vaterland,
Für dich es hinzugeben!

Dass am 4. August das Kriegsgericht Kinkel, anstatt ihn vor die Gewehrläufe zu stellen, "nur" zu lebenslänglicher Festungstrafe, nicht etwa Festungshaft, verurteilte, erregte landauf, landab die zähneknirschende Wut der Reaktion, die sich bemühte, auf Umwegen doch noch zum Ziele zu gelangen. Aber, nicht zuletzt aus Furcht vor der öffentlichen Meinung, bestätigte Friedrich Wilhelm IV. den Spruch, nur dass er den Gehassten, anstatt ihn auf einer Festung Sand karren oder Abtrittsgruben auslegen zu lassen, in eine "Zivilanstalt" überwies; so hatte der Hohenzoller wenigstens sein rachsüchtiges Behagen daran, dass der verwöhnte Poet im Zuchthaus, erst zu Naungard, dann zu Spandau, wie ein gemeiner Verbrecher behandelt, Wolle spulen musste. Diese Folterung eines reinen Menschen der für seine politische Überzeugung litt, empörte indessen über die Kreise der Gesinnungsgenossen hinaus ganz Deutschland, und ganz Deutschland jubelte auf, als es am 6. November 1850 dem jungen Karl Schurz durch einen kühnen Streich gelang, Kinkel aus dem Kerker zu entführen, und die Kunde einlief, dass beide unangefochten das englische Asyl erreicht hatten.

Wenn sich auch Kinkel in London an manchem Emigranten-Hokuspokus übernahm und später als Professor in Zürich zuweilen nationalliberale Anwandlungen bekam, so verleugnete er doch die politische Grundgesinnung seiner guten Jahre nicht. Dazu gehörte es, dass er sich nicht nur einen Demokraten, sondern auch einen Sozialisten nannte. Seitdem er denke und empfinde, so erklärte er, habe sich sein Herz zu den Armen und Unterdrückten gehalten und nicht zu den Reichen und Gewaltigen dieser Welt; 1848 betitelte er ein von ihm herausgegebenes Organ zur Belebung des Handwerkerstandes "Spartacus", und 1849 meinte er es, des Todesurteils gewärtig, durchaus ehrlich mit dem Bekenntnis:

Der müden schwielenharten Hand
Ein sanfter' Los zu werben,
Du vierter Stand, du treuer Stand,
Für dich geh' ich zu sterben.
Euch Armen treu bis in den Tod,
Für euch zur Tat entschlossen,
Fall' ich ums nächste Morgenrot,
Vom kalten Blei durchschossen.

Nun war diese Empfindung für die Elenden und Unterdrückten mehr eine Sache des Gefühls als der Erkenntnis, ein, wie es die "Ostseezeitung" einmal nannte, "poetischer Sozialismus", aber stark genug blieb sie, um Kinkel der von Bismarck gehetzten deutschen Sozialdemokratie zur Zeit des Ausnahmegesetzes mit Rat und Tat beistehen zu lassen; als er am 13. November 1882 starb, erfuhr die Welt aus dem ehrenden Nachruf des "Socialdemokrat" von dieser seiner Verbundenheit mit der geächteten Arbeiterpartei. Mochte Kinkel darum den höchsten Ansprüchen weder als Dichter noch als Politiker noch als Mensch genügen, so wirkt er, im Ganzen gesehen, doch so übel nicht und macht es durch seine Erscheinung und sein Schicksal begreiflich, dass er mit Veit Valentins Wort eine Weile neben Robert Blum "der volkstümlichste Revolutionsmartyrer" in Deutschland war.

Hermann Wendel.

Ein armer Hund...^x

SPD. Schon im dritten Kriegsjahre ging die Verpflegung an der Front beträchtlich zurück; vor Verdun schoben wir schon mächtig Kohldampf. Infolgedessen verschwanden immer wieder Hunde; sie wurden eine Zeitlang an den Abzugseilen der Eierhandgranaten mitgeführt und auch möglichst gut gefüttert. Wenn sie dann fett waren, wurden sie geschlachtet und gebraten, als wären es Kaninchen oder Hasen.

Meistens waren es kleine, verwilderte Köter aus den Dörfern und Gehöften bei Verdun, die von diesem Schicksal betroffen wurden, und niemand fragte danach. Eines Tages aber erschien ein Hauptmann des Generalstabs in unserem Bataillonsstabsunterstande, begleitet von einem wirklich schönen, rassigen Hund - ich glaube, einem Setter. Der Hauptmann verschwand im Unterstande, und der Hund blieb draussen. Als der Hauptmann herauskam, war der Hund verschwunden. Nach diesem Hunde wurde nun allerdings gefragt, und wie gefragt! Die ganze Gegend wurde von den Offiziersburschen durchsucht. Die Umgebung wurde durchstreift. Der Hauptmann wettete und tobte; der Hauptmann wollte nicht ohne seinen Hund zurück. Aber es nützte ihm alles nichts; der Hund war weg.

Ich sah den Hund wieder, als wir südlicher in Stellung gegangen waren. Der Hund war beim Kompagnieführer des Nachbarbataillons. Man erzählte, ein Leutnant habe ihn mitgebracht und dem Kompagnieführer überlassen. Es gab kaum einen gefährlicheren Aufenthalt für diesen Hund als bei uns vorn im Schützengraben; jeden Augenblick konnte er eins abkriegen. Deshalb erwogen auch manche sehr verhungerte Kameraden ob man den Hund nicht lieber gleich dahin befördern sollte, wohin so viele andre Hunde auch befördert worden waren. Aber diese Erwägungen drangen nicht durch, denn die ganze Mannschaft war verliebt in den Setter, und keiner hätte ihn schlachten mögen. Der Setter unterhielt die ganze Besatzung der Unterstände, Grabenlöcher und Nester umher. Er apportierte mit unvergleichlichem Temperament. Er apportierte Granaten. Sobald eine Granate einschlug und das Erdreich hochflog, raste er hin und wollte das Ding apportieren. Das gelang ihm nun freilich nicht. Aber das Apportieren war seine Leidenschaft. Er apportierte grundsätzlich alles, was geworfen wurde und flog, Steine, Stöcke, Granaten, diese wenigstens theoretisch. Wir machten uns einen Spass daraus.

An einem stillen Morgen gingen der Kompagnieführer und ein anderer, jüngerer Offizier, während die Franzosen noch frühstückten, mit mir durch einen rückwärtigen Sappenweg bis in die Gegend eines zerschossenen Dorfes, wo ein Teich sein sollte. Der Setter ging natürlich mit. Damals war die wenig sportgerechte, ziemlich üble Methode des Fischens üblich geworden: drei Handgranaten wurden zusammengebunden; eine zog man ab und warf das Bündel in den Teich. Nachder Explosion schwammen dann die Fisch tot obenauf.

Also der Offizier machte die Handgranaten fertig, zog eine ab und warf das Bündel in den Teich, - schon lagen wir auf dem Bauche, um bei der Explosion nichts abzukriegen; schon raste der Setter den Handgranaten nach; sie zu apportieren - plumps! ging er ins Wasser... die Explosion erfolgte; haushoch gingen Wasser, Schlamm und Dreck in die Höhe; es regnete eine Weile; es blieben Fisch liegen, doch der Hund war verschwunden! Nirgends war auch nur die geringste Spur von ihm zu entdecken. Ein armer Hund, gefallen vor Verdun!

Marim.

SPD. Die Wahrheit steht allen Menschen offen. Nicht alles von ihr ist bereits ans Licht gebracht worden. Es bleibt kommenden Geschlechtern noch viel von ihr zu entdecken übrig.

Seneca (römischer Philosoph im 1. Jahrhundert n. Chr.)

Berliner Theater.

SPD. Aus Berlin wird uns geschrieben: Das wichtigste Berliner Theaterereignis der letzten Wochen war die Aufführung der neuen Komödie "Zu wahr, um schön zu sein" von Bernard Shaw im "Theater in der Stresemannstrasse". Alterswerke pflegen vielfach nicht mehr auf der Höhe der besten Schaffensperiode ihres Autors zu stehen. Von diesem neuen Shaw kann man umgekehrt sagen, dass er die charakteristischen Eigenschaften des Verfassers in hoher Vollendung und unverminderter Frische zeigt und so manches frühere Werk dieses Autors an literarischem und menschlichem Gehalt übertrifft. Weisheit des Alters, jugendlich forschendes kämpferisches Temperament und brillanter darstellerischer Stil haben hier ein Werk hervorgebracht, das über die besondere gegenwärtige, überaus erregende Aktualität hinaus dauernden Wert behalten wird. Wie mehr oder weniger immer bei Shaw ist die eigentliche Handlung, die die Flucht eines kranken, von seiner überängstlichen Mutter für schwer krank gehaltenen und unerträglich verzärtelten modernen Mädchens in ein afrikanisches Feldlager der englischen Armee schildert, nicht das Wesentliche, aber es ist immerhin doch eine logisch und fesselnd durchgeführte Handlung vorhanden, und die amüsante (von Mathias Wiemann sehr lebendig verkörperte) Figur des Soldaten Freundlich gehört zu den humoristischsten Gestalten der gesamten Komödienliteratur. Aber alle die dargestellten Vorgänge dienen dem Dichter nur als Anlass, in einer unerschöpflichen Fülle von Geist und Witz funkelnder und sprühender, dabei immer ins Zentrum der Dinge treffender Bemerkungen eine scharfe Kritik an den mannigfachsten Erscheinungen gesellschaftlicher und kultureller Entartung, von Körperpflege, Ernährungsweise und Umgangsformen bis zu allgemeinen Auswüchsen gedanklicher, seelischer, sittlicher und religiöser Trägheit, zu üben und vor allem die denkbar radikalste antimilitaristische Gesinnung zu bekunden. Und hinter aller übermütig spottenden Heiterkeit, hinter aller von origineller Prägung blitzenden Satire und Ironie steht immer ein tiefer, gedankenreicher Ernst, der beweist, wie sehr dem Dichter die Niederschrift gerade dieses Werkes Herzenssache gewesen ist. Der Dialog ist geschliffen wie nur je bei Shaw. Der Menschheit wird hier ein Spiegel vorgehalten, und es wäre nur zu wünschen, dass alle regierenden Männer und alle Delegierten des Völkerbundes und der Abrüstungskonferenz hineinschauen möchten.

Die "Volksbühne" machte uns mit der neuen Komödie "Fanny" des Franzosen Marcel Pagnol bekannt, der Fortsetzung des "Marius", der auf deutschen Bühnen unter dem Titel "Zum goldenen Anker" bekannt geworden ist. Das in dem früheren Werke so anschaulich und lebensvoll geschilderte Marseiller Hafenmilieu tritt diesmal stark zurück, sodass das neue Stück von vorn herein seines wirksamsten Reizes beraubt ist. Das Mädchen Fanny ist von seinem Geliebten, dem jungen Hafenkneipwirtssohne Marius, der eine unbezwingliche Sehnsucht zur Seefahrt verspürte, ohne Abschied verlassen worden, als Marius sich heimlich auf einem Schiffe anheuern liess und eine grosse Fahrt antrat. Da Marius voraussichtlich zwei Jahre fortbleiben wird und von seiner Fahrt niemals an Fanny schreibt, so nimmt Fanny, um ihrer Mutter die Schande einer unehelichen Mutterschaft ihrer Tochter zu ersparen, den Heiratsantrag des wohlhabenden Witwers Panisse an, nachdem Panisse sich nicht nur nachsichtig über ihren "Fehltritt" hinweggesetzt, sondern obendrein seine Freude über den kommenden Sohn und Erben bekundet hat. Marius kehrt nun zwar früher als erwartet zurück und will seine älteren Rechte auf Fanny und ihren (und seinen) Sohn geltend machen, verzichtet jedoch schliesslich auf Wunsch der jungen Frau, um eine Familientragödie zu vermeiden, obwohl ihm Fannys Liebe nach wie vor gehört. Das Stück weist wie der manche derb treffenden humoristischen Charakteristiken und manche psychologischen Feinheiten auf, ist jedoch in seiner Gesamthaltung von einer schwer erträglichen Sentimentalität, dazu auch bühnentechnisch vielfach allzu künstlich konstruiert, sodass der Eindruck schwächer als bei dem vorigen Stücke

Berliner Theater.

SPD. Aus Berlin wird uns geschrieben: Das wichtigste Berliner Theaterereignis der letzten Wochen war die Aufführung der neuen Komödie "Zu wahr, um schön zu sein" von Bernard Shaw im "Theater in der Stresemannstrasse". Alterswerke pflegen vielfach nicht mehr auf der Höhe der besten Schaffensperiode ihres Autors zu stehen. Von diesem neuen Shaw kann man umgekehrt sagen, dass er die charakteristischen Eigenschaften des Verfassers in hoher Vollendung und unverminderter Frische zeigt und so manches frühere Werk dieses Autors an literarischem und menschlichem Gehalt übertrifft. Weisheit des Alters, jugendlich forschendes kämpferisches Temperament und brillanter darstellerischer Stil haben hier ein Werk hervorgebracht, das über die besondere gegenwärtige, überaus erregende Aktualität hinaus dauernden Wert behalten wird. Wie mehr oder weniger immer bei Shaw ist die eigentliche Handlung, die die Flucht eines kriegsgesunden, von seiner überängstlichen Mutter für schwer krank gehaltenen und unerträglich verzärtelten modernen Mädchens in ein afrikanisches Feldlager der englischen Armee schildert, nicht das Wesentliche, aber es ist immerhin doch eine logisch und fesselnd durchgeführte Handlung vorhanden, und die amüsante (von Mathias Wiemann sehr lebendig verkörperte) Figur des Soldaten Freundlich gehört zu den humoristischsten Gestalten der gesamten Komödienliteratur. Aber alle die dargestellten Vorgänge dienen dem Dichter nur als Anlass, in einer unerschöpflichen Fülle von Geist und Witz funkelnder und sprühender, dabei immer ins Zentrum der Dinge treffender Bemerkungen eine scharfe Kritik an den mannigfachsten Erscheinungen gesellschaftlicher und kultureller Entartung, von Körperpflege, Ernährungsweise und Umgangsformen bis zu allgemeinen Auswüchsen gedanklicher, seelischer, sittlicher und religiöser Trägheit, zu üben und vor allem die denkbar radikalste antimilitaristische Gesinnung zu bekunden. Und hinter aller übermütig spottenden Heiterkeit, hinter aller von origineller Prägung blitzenden Satire und Ironie steht immer ein tiefer, gedankenreicher Ernst, der beweist, wie sehr dem Dichter die Niederschrift gerade dieses Werkes Herzenssache gewesen ist. Der Dialog ist geschliffen wie nur je bei Shaw. Der Menschheit wird hier ein Spiegel vorgehalten, und es wäre nur zu wünschen, dass alle regierenden Männer und alle Delegierten des Völkerbundes und der Abrüstungskonferenz hineinschauen möchten.

Die "Volksbühne" machte uns mit der neuen Komödie "Fanny" des Franzosen Marcel Pagnol bekannt, der Fortsetzung des "Marius", der auf deutschen Bühnen unter dem Titel "Zum goldenen Anker" bekannt geworden ist. Das in dem früheren Werke so anschaulich und lebensvoll geschilderte Marseiller Hafenmilieu tritt diesmal stark zurück, sodass das neue Stück von vorn herein seines wirksamsten Reizes beraubt ist. Das Mädchen Fanny ist von seinem Geliebten, dem jungen Hafenkneipwirtssohne Marius, der eine unbezwingliche Sehnsucht zur Seefahrt verspürte, ohne Abschied verlassen worden, als Marius sich heimlich auf einem Schiffe anheuern liess und eine grosse Fahrt antrat. Da Marius voraussichtlich zwei Jahre fortbleiben wird und von seiner Fahrt niemals an Fanny schreibt, so nimmt Fanny, um ihrer Mutter die Schande einer unehelichen Mutterschaft ihrer Tochter zu ersparen, den Heiratsantrag des wohlhabenden Witwers Panisse an, nachdem Panisse sich nicht nur nachsichtig über ihren "Fehltritt" hinweggesetzt, sondern obendrein seine Freude über den kommenden Sohn und Erben bekundet hat. Marius kehrt nun zwar früher als erwartet zurück und will seine älteren Rechte auf Fanny und ihren (und seinen) Sohn geltend machen, verzichtet jedoch schliesslich auf Wunsch der jungen Frau, um eine Familientragödie zu vermeiden, obwohl ihm Fannys Liebe nach wie vor gehört. Das Stück weist wie der manche derb treffenden humoristischen Charakteristiken und manche psychologischen Feinheiten auf, ist jedoch in seiner Gesamthaltung von einer schwer erträglichen Sentimentalität, dazu auch bühnentechnisch vielfach allzu künstlich konstruiert, sodass der Eindruck schwächer als bei dem vorigen Stücke

bleibt. Deshalb kann auch Käte Dorsch bei allen ergreifenden Einzelzügen nicht ganz die tiefe Wirkung ihrer früheren Verkörperung der Gestalt der Fanny erreichen.

Eine interessante theaterhistorische Vergleichsmöglichkeit bot die Aufführung von Schillers "Wilhelm Tell" im Staatlichen Schauspielhause. Vor genau neunzehn Jahren hat kein Geringerer als Gerhart Hauptmann dies Werk bei den Sozietären des ehemaligen Brahm-Ensembles im "Deutschen Künstlertheater" inszeniert. Er stellte sich damals ganz auf das realistische Revolutionsdrama der Schweizer Bauern im Stile seines eigenen Bauernkriegsdramas ein und erzielte damit eine unmittelbar mitreissende Wirkung, wie wir sie selbst bei dieser hochwertigen dramatischen Dichtung unsres nationalen Klassikers nicht oft erleben. Von einer ähnlichen Wirkung war bei der Aufführung des Staatstheaters nicht viel zu verspüren. Die Rütli-Szene beispielsweise und die Szene in der hohlen Gasse bei Küssnacht blieben merkwürdig matt, und die Apfelschuss-Szene dankt ja schon ihre gewaltige Dramatik ihrem Dichter. Obendrein hatte Jürgen Fehling, der sonst so behutsame Wortregisseur, befremdliche Kürzungen vorgenommen. Der pathetische Redeschwall war grossenteils stehen geblieben. Dagegen waren gerade die realistischen Momente, etwa die ungemein anschauliche Landschaftsschilderung beim Gewittersturm über dem Vierwaldstätter See, stark zusammengestrichen worden. Im fünften Akte fehlte völlig die Schilderung des Kaisermordes, sodass das Verständnis für die dann doch folgende Parricida-Szene erschwert wurde und in dieser Szene wiederum fehlte die Wegbeschreibung, die Tell dem flüchtigen Kaisermörder gibt. In der Titelrolle bewährte Werner Krauss seine grosse Kunst der Menschengestaltung, ohne jedoch ganz an frühere Leistungen, vor allem an seinen unvergesslichen Wallenstein, heranzureichen. Sehr eindrucksvoll und interessant war der Gessler, den Bernhard Minetti als einen herrischen jugendlichen Junker darstellte.

Bz.

SPD. Mittelalterliche Schiffe.^X Dem Namen nach am bekanntesten sind von den mittelalterlichen Schiffen wohl die Galeeren, die sich ja als Strafschiffe zur Unterbringung von Sträflingen bis in die Neuzeit erhalten haben. Galeeren waren schmale, langschneblige Schiffe, für Ruder und Segel eingerichtet. Sie brauchten eine verhältnismässig starke Besatzung und hatten wenig Laderaum. Deshalb ging man in den Hansestädten der Ostsee dazu über, andere weitbauchige Schiffe mit hohem Bord zu bauen, die den Namen "Kogge" erhielten. Diese Bezeichnung soll auf das lateinische Wort für "Muschel" zurückgehen. Die Koggen dienten dann auch als Kriegsschiffe. Auf dem Deck standen Kriegsmaschinen, die Steine, Balken, eiserne Stangen und Wurfspeere auf die feindlichen Schiffe schleuderten. Eine leichtere Art der Galeere führte den Namen "Snigge"; das bedeutet Schnecke.

SPD. Der lebende Unsterbliche.^X Rahel Varnhagen, die im März 1829 Heinrich Heine fast täglich in ihrem Berliner Heim empfing, überliefert uns einen charakteristischen Ausspruch Heines, den sie selber aus dem Munde des Dichters gehört hat. Der Schriftsteller Michael Beer, der Bruder des Komponisten Jakob (Giacomo) Meyerbeer, war ebenso wie sein Bruder ein Meister der Reklame. So hatte er es auch durchgesetzt, dass sein unbedeutendes Drama "Struensee" ins Französische übertragen und von französischen Zeitungen überschwenglich gepriesen wurde. Als man diesen Vorgang spöttelnd erwähnte, sagte Heine: "Ja, solange Michael Beer lebt, wird er unsterblich sein."
